

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 35 Pfg., vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. einschließlich Bestellgeb. Einzelnummer 10 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die Doppelseite 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die Spaltenreklamenseite 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 25

Danzig, Sonnabend den 24. Juni 1916

7. Jahrgang

### Europa blutet . . .

Alle Herzen sind im tiefsten Innern erregt durch das fürchterliche Toben der Waffen an allen Fronten — es sind wohl die Endkämpfe in diesem Weltkrieg, die Europa leider nicht erspart geblieben sind, weil alle Friedensversuche fehlschlagen. Wir stehen wohl vor dem Generalsturm, den die Entente uns so schon lange angekündigt, zu dem sie sich in hartnäckiger Beständigkeit vorbereitet hat. Das Schicksal schreitet über den Erdteil und der Atem alles Lebenden stockt vor ihm wie beim Anblick des Medusenhauptes.

Schwer fällt es, das Herz niederzuzwingen, das Denken von den Schlachtbildern im Osten, Westen und Süden loszureißen und ruhbringender Betrachtung zuzuführen. Dennoch ist dieser Zwang heilsam.

Europa ist heldenhaft. Mit packender Wahrheit hat in der Schweizer Bundesratsvertretung ein Redner den Satz ausgesprochen, alle Völker hätten sich wacker geschlagen und guten, dauernden Frieden redlich verdient. Zur Stunde, wo sich aller Nationen Heldenkraft zersiehend aneinander abmüdet, geht dem Gedankenloseten ein Begriff davon auf, welche titanische Kraft in diesem bald kleinsten Teile der Erde aufgespeichert war. Sie abzumessen oder auszudenken geht über unser Vermögen. Die Schlachten von Kartensisch und den Katalanischen Gefilden sind gegen das Ringen um Verdun oder Doberdo oder die Strypa ein Kinderspiel gewesen. Der Blutstrom dieser zwei Jahre hat die gesamte Ritterromantik des Mittelalters und alle Heldenlegenden des Altertums erfüllt, unsere militärische Vorgeschiede verkrüppelt ins Unüberwindliche. Feuersee und Steinhagel des Doberdo, Gas- und Flammenhagel und Geschosstregen von Verdun oder Czernowitz unterwerfen das Häuflein Warmblut, das sich Mensch nennt, einer grimmigeren Nervens- und Willensprobe als alle gewaltigen Versuchungen des Strydes zusammen. Und diese Leibesfestigkeit, die sonst eine Stecknadel blutig rißt und ein Mühlstein tödtet, hält stand und lauert Sekunde für Sekunde, selbst aus dem stumpfen Weiden in die verwundene Tat überzugehen!

Wer hätte geahnt, wessen der Europäer fähig ist! Welche kühnsten Unternehmen ist noch auszudenken, was wir ihm nicht zumuten dürften! Und wie bitter, daß so viele Helden zu anderem Heldenwerk nicht mehr da sein werden!

Und diese Kunst der Organisation! Von unseren Vordern wurde erzählt, daß es der Ruhm der Häuptlinge war, eine große Gefolgschaft wehrhafter Männer um sich zu sammeln. Die Gefolgschaften der Großen machten in die Hunderte zählen — der abtänkelnde Bear bedingt sich hundert Ritter aus. Die gesteigerte Jucht immer größerer Staatswesen ver sammelt Heergefolge von mehreren Millionen Menschen! Die Sage der Vorfahren knüpft den Sieg an ein berühmtes Schlachttroß, ein wunderbares Schwert, eine geweihte Lanze. Die Wunder der Vorwelt hat die Wissenschaft überboten: jene alten Wunder werden kindische Märchen, die Wirklichkeit von heute aber wird zum unfaßbaren Wunder. Die quellklare Verstandesarbeit, die Wissenschaft, ist beinahe zur mythischen Gewalt, zum unentzifferbaren Dämon geworden. Niemals hat der Keil des Donnergottes solche Verheerungen angerichtet wie eines unserer Riesengeflosse. Menschen, Kinder der Scholle, tauchen in die Weltmeere und durchkreuzen sie unsichtbar, heben sich in Firnhöhe und kreisen über Türmen und Burgen so sicher und rascher als der Adler! Das alte Wort, der Mensch vermöge seines Leibes Maß doch keine Meile hinzuzulegen, ist nun sichtlich absurd geworden! Denn des Menschen Arm langt hoch über Bergeshöhen, indes sein Fuß über Meeresgründe dahinschwebt.

Der Mensch ist gewaltig. Er ist fürchtbar geworden durch zwei Mittel: durch seine Geselligkeit und durch seine Wissenschaftlichkeit. Und inmitten des erschauernden Staunens der Schlachten überfällt uns der jähe Schmerz: Wie schade, daß so viel Gewalt sich selbst aufreibt und eine Welt in Schutt legt, statt eine neue Welt zu bauen! Du großes, du herrliches, du beweinenswertes Europa! Durch die Kunst der Gesellung bist du groß, durch die Gabe der Wissenschaft bist du gewaltig geworden und bist nun doch so elend, weil du ungesellig und unwissenschaftlich geblieben bist.

Freilich, wir haben Großstädte und Großstaaten, Regimenter und Armeen zu organisieren verstanden, in allem sind wir gesellig geworden, nur in unserem Wirtschaftlichen nicht! Ungefragt fordert sich Besitz von Besitz, Privatinteresse von Privatinteresse, und die freie Konkurrenz, das Prinzip der Ungeelligkeit inmitten der Gesellschaft, zerreißt die Bürger der Staaten. Selbstsucht — Eignung — Eigentum, das sind die Springfedern des wirtschaftlichen Wettstreites, des Handelsneides. Sie haben im Frieden der Gesellung widerstrebt — im Kriege hat uns die Not zusammengezwungen und ein Brot zu essen, vielmehr auch bald an einem Tisch zu speisen genötigt. Wie schade, daß wir uns nicht im Frieden, ohne

Zwang, in Freiheit gefesst haben — gar manches wäre uns erspart!

Wirtschaftskampf und Handelsneid haben die Völker Europas in den Krieg verstrickt, der ja der höchste Ausdruck menschlicher Ungeelligkeit ist. Wie schade, daß Europa die strittigen Teile seines Bodens und die strittigen Kolonien nicht zum gemeinsamen Gut aller Völker erklärt, und seine Völker sich nicht gefesst haben, sie gemein zu verwalten! Mit halber Latkraft und dem tausendsten Teil der Opfer hätte Europa dieses Gelände in einen gemeinsamen Aue- und Lustgarten verwandeln können, an dem alle samt reich und froh würden. Wie schade, daß die hohe Kunst der Gesellung, die Europa so groß gemacht hat, an den Einrichtungen der Privat- und Weltwirtschaft gänzlich erlahmt ist! Nun gefellen feindliche Heere tausend und abertausend Opfer aller Jungen in gemeinsamen Soldatengräbern. Der Tod vereint, was das Leben zu vereinen veräumt hat.

Wir haben es verstanden, immer größer zu werden. Wir haben die Stadtstaaten zur Landeshoheit, die Länder zu Staaten, die Staaten zu Reichern zu vereinen gewußt — vor dem letzten Schritt, Europas Reiche zum europäischen Bunde zu vereinigen, hat die hohe Kunst der Gesellung uns auch auf politischem Gebiet verlassen. Und nun zahlen wir die Unterlassung so fürchtbar teuer, bezahlen sie mit dem Blute der Gegenwart und erkaufen dafür nichts als vermehrte Völkerhaß! Europa ist auf halbem Wege gezeichnet, weil es das Werk der Gesellung, der Sozialisierung, nicht zu Ende zu führen vermocht hat.

Der Geist der Wissenschaft hat Europa gewaltig gemacht — aber diese Wissenschaft blieb allezeit eine halbe: sie lehrte uns Naturdinge und Naturkräfte kennen und beherrschen, und darin haben wir es so entseßlich weit gebracht, daß wir den ganzen Umkreis der Natur, alle Heerscharen der Dämonen organisiert haben zu — unserer eigenen Vernichtung. Eine Wissenschaft nur blieb uns fremd: die Wissenschaft vom Menschen. Wie man die verheerende Spannung des Dampfes, wie man die blitzstreuende Spannung entgegengesetzter Elektrizitäten mächtig ausgleicht und im Ausgleich Arbeit zu leisten bestimmt — das wissen wir exakt, das handhaben wir beinahe ohne Fehlerquelle: die Naturtechnik haben wir inne. Aber wie man soziale, nationale, staatliche Spannungen in kulturellen Fortschritt umsetzt, diese soziale Technik verschmähen wir zu erforschen. Ja wir ahnen noch kaum, daß es etwas wie eine Wissenschaft des sozialen Lebens überhaupt geben könne! Unsere naturale Maschinenrie ist ein wundervolles Uhrwerk, unsere soziale Maschinenrie ist primitiv, so primitiv wie die Naturtechnik des Festschneiders. Zur Not wissen wir schon, daß Prozeß und Urteil Unrecht sühnen und heilen kann — nur zur Not, denn wir haben dem „Gottesurteil“ des Zweikampfes noch nicht völlig entsagt. In den Beziehungen der Klassen, Völker und Staaten halten wir die soziale Maschine des Prozesses und Schiedspruches noch immer für Hirngespinnst und Trümmerei! Die Wissenschaft, die alle Reiche der Natur im Triumph eroberte, hat verzagt und hilflos vor der menschlichen Gesellschaft haltgemacht. An dieser Halbheit krankt Europa, an ihr verarmt und verblutet es vielleicht, wenn das Gottesurteil der Waffen zu spät entseßlich ist.

Wenn nun das Fürchtbare wahr ist, daß ohne Fortsetzung des Kriegs der Frieden nicht zu haben ist, so bleibt nur der Wunsch, daß der Endkampf kurz sei, damit Europa rasch dazu komme, das Veräumte nachzuholen, das Werk allgemeiner Gesellung praktisch und wissenschaftlich zu beenden: Wissenschaft und Praxis menschlicher Gesellung — das ist der Sozialismus!

(H. K. J.)

### Grundsätzliche und opportunistische Politik

Aus Berlin wird uns geschrieben:

In seinen Ausgaben vom 10. und 11. Juni gibt der „Vorwärts“ einen beachtenswerten Rückblick auf die letzte Reichstagsstimmung, in dem die Ursachen und die Wirkungen der Fraktionspaltung rüher dargelegt werden. Bei der Stellung der „Vorwärts“-Redaktion es selbstverständlich, daß der Rückblick auf eine Rechtfertigung der „Arbeitsgemeinschaft“ hinausläuft. Bemerkenswert aber ist dabei, daß der „Vorwärts“ der neuen Fraktion eine gewisse erzieherische Wirkung auf die eigentliche Fraktion zuschreibt, die in seiner Kritik viel glimpflicher davon kommt als zuvor. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Haltung der Sozialdemokratischen Fraktion wirklich eine Folge der Abspaltung ist, es genügt festzustellen, daß der Boden für ruhige, in parteigenösslichem Ton gehaltene Auseinandersetzungen wieder gegeben zu sein scheint; er ist immer sofort wieder vorhanden, wenn geistige Entstellungen vermieden und sachlich begründete Überzeugungen vorgebracht werden.

Die Meinung des „Vorwärts“ geht nun dahin — und das ist das neue an seinen Darlegungen —, daß der Grund der Trennung weniger in der Frage der Kreditbewilligung als in dem alten Gegensatz zwischen „grundsätzlicher und opportunistischer“ Politik zu suchen ist. Er schreibt:

Die Mehrheitsführer der alten Fraktion schieben immerfort krampfhaft die Frage nach der Richtigkeit der Abstimmung vom 4. August und die grundsätzliche Stellung zur Landesverteidigung in den Vordergrund der Parteidiskussion und machen diese beiden Punkte auch zur Grundlage ihres Auftretens im Reichstag. In Wahrheit aber handelt es sich längst nicht mehr um diese beiden Fragen. Es handelt sich vielmehr um das Verlassen der nach dem Programm der Partei und den Beschlüssen ihrer Parteitage und der internationalen Kongresse orientierten grundsätzlichen Politik der Partei und um das Betreten eines Weges, der zu einer rein opportunistischen Anpassung an die innere und äußere Situation des Imperialisismus führt. Aus der Not haben die Mehrheitsführer eine Tugend gemacht, was als Notwehrhandlung eine geschichtliche Episode hätte bleiben können, haben sie zum Ausgangspunkt einer neuen Orientierung der sozialdemokratischen Politik und besonders der parlamentarischen Taktik im Reichstag gemacht. Dadurch erst sind die Gegensätze in der Partei verschärft und auf die Spitze getrieben worden, dadurch auch ist letzten Endes die Fraktionspaltung verursacht worden. Es ist deshalb selbstverständlich, daß der Gegensatz in der parlamentarischen Arbeit der beiden Fraktionen hervor tritt als der Gegensatz zwischen grundsätzlicher und opportunistischer Politik.

Man sieht, wie rasch in unserer Zeit die Bilder wechseln und wie berechtigt unsere wiederholte Mahnung war, auf Schlagworte des Tages keine dauernden Richtungsgegensätze zu stellen.

Der Kriegsausbruch hat das Kaleidoskop der Parteigegensätze gründlich umgeschüttelt. Rechter Hand, linker Hand, alles war vertauscht. Alle Parteikämpfer des sogenannten Radikalismus traten mit „Reiderenschaft“ einer neugewonnenen Erkenntnis für die Landesverteidigung ein und kamen dadurch in den schärfsten Gegensatz zu anerkannten Wortführern des sogenannten „Revisionismus“, die mit beiden Füßen auf die andere Seite hinübersprangen. Man braucht nur die Namen Tarnow und Beutner, Josenitz und Edmund Fischer, Lenck und Erdmann zu nennen, um sich den großen plötzlichen Rollen tausch zu vergegenwärtigen.

Nicht aber kommt der „Vorwärts“ und erklärt: Um die Politik des 4. August, um die grundsätzliche Stellung zur Landesverteidigung handelt es sich in Wahrheit gar nicht mehr. Es handelt sich um den alten Gegensatz zwischen grundsätzlicher und opportunistischer Politik.

Damit tritt eine neue vollständige Verschiebung des Kampffeldes ein. Ob alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und der Fraktionsminderheit gewillt sind, dem „Vorwärts“ auf der Bahn jener Politik zu folgen, die er für die allein „grundsätzliche“ hält, mag dahingestellt bleiben. Die Zeit wird es lehren. Daß aber die alte Fraktion nicht daran denkt, ihre Politik nach den Grundlinien einer vor dem Kriege vorhanden gewesenen Richtung „opportunistisch“ zu orientieren, steht fest und ist wohl durch den Verlauf der letzten Reichstagsstimmung ausreichend bewiesen worden.

Es ist nie im richtig verstandenen Sinn des Wortes grundsätzliche Politik gewesen, gegebene Tatsachen zu übersehen. Tatsache ist, daß Deutschland seit bald zwei Jahren im Krieg gegen eine ungeheure Uebermacht steht, die sich noch immer nicht geneigt zeigt, Frieden zu schließen. Tatsache ist, daß sich die auswärtige Regierungspolitik in scharfem Gegensatz zu gewissen nationalistischen Strömungen befindet. Tatsache ist ferner, daß unter den Vorlagen, die zur Verabschiedung gelangten, einige wenige — Kriegsgewinnsteuer, Vereinigungsgesetz, Kapitalabschuldungsgesetz — zum mindesten mit dem sozialdemokratischen Programm nicht unvereinbar waren.

Auf der anderen Seite ist es Tatsache, daß durch die unzureichenden Maßregeln auf dem Gebiet der Ernährung, durch die neuen indirekten Steuern, durch die Handhabung der Zensur und des Belagerungszustandes, durch das Ausbleiben der versprochenen freiheitlichen Reformen eine tiefgehende Unzufriedenheit auch bei jenen entstanden ist, die die bittere Notwendigkeit der fortgesetzten Landesverteidigung anerkennen.

Diesen Tatsachen hat die sozialdemokratische Fraktion Rechnung getragen und zu ihnen hat sie nach Maßgabe der Parteigrundsätze Stellung genommen. Sie hat die Kredite und die annehmbaren Vorlagen angenommen, sie hat die innere Politik der Regierung mit größter Schärfe kritisiert, sie hat die indirekten Steuern und das mit ihnen neugeschmückte Budget abgelehnt.

Ob sie dabei in allen Einzelheiten richtig gehandelt hat, ist eine Frage von minderelem Belang, aus Meinungsverschiedenheiten darüber wird sich zum mindesten ein Grund zur Parteispaltung nicht herleiten lassen. Die Meinung des „Vorwärts“ aber, durch den Kriegsausbruch hätte eine alte von ihm bekämpfte Richtung in der Fraktion das Heft in die Hand bekommen, ist ganz unrichtig. Denn die alten Richtungsablenken sind durch den Krieg einfach in Fetzen gerissen worden. Sie haben heute ungefähr soviel und so wenig Sinn wie



Waffen oder kaiserlicher Bewaffnung nach der Zeit des letzten Krieger. Die paar Leute von rechts und links mit eingetroffenen Gehirnen, die ständig darauf lauern, ob der Krieg dem "Revolutions" oder dem "Kaiserlichen" den Sieg bringen wird, sind beinahe schon tote Figuren geworden.

Doch es solche Leute gibt — rechts und links — soll gar nicht gelacht werden. Ihr Konservatismus wird aber keine Gefahr für die Gesamtheit der Arbeiterbewegung werden, die mit hellen Augen das Große, Neue in Weltkriegs-erwartungen herauskommen sieht. Das ist das Ziel, darum muß gekämpft werden! Wer will aber heute die Methoden des Kampfes genau für alle Seiten bestimmen, heute, wo noch alles im Flusse ist? Die Partei hat es stets abgesehen, ihre Taktik auf unbestimmte Zeit hinaus festzulegen, dies legt zu tun, wo uns die Zukunft sozialer Kämpfe auslächelt, wäre vollendeter Wahnsinn. Sie kann nur gegebene Tatsachen auswerten, um werdende Tatsachen nach ihren eigenen Grundrissen zu gestalten. Das aber hat die sozialdemokratische Fraktion nach bestem Wissen und Gewissen und, wie wir glauben, ohne erhebliche Fehler getan.

## Kriegsnachrichten

**Der neue Ruffensturm**  
gegen die Front im Südoften scheint schon zum Stillstand gebracht zu sein. Es gelang den Russen zwar unter wohnstruiger Opferung vieler Massen in der Zukowina einzudringen und Czernowich erneut zu nehmen. Den deutschen Heeren ist in erster Linie, zunächst der Armee Linzinger, das dann beginnende Zurückwerfen der Russen zu danken. Bis zum 21. Juni konnte der deutsche Gegenangriff, nach der Römischen Zeitung, einen Geländegewinn von 375 Quadratkilometern verzeichnen.

**Die Westfront: um Verdun.**  
Dauert seit Februar noch mit unerminderter Heftigkeit an. Im ganzen hat das Ringen jetzt eine Intensität angenommen, die nicht übertrieben werden kann. Dennoch ist bisher keine Entscheidung gefallen. Mit berechtigtem Vertrauen aber können wir der weiteren Entscheidung entgegensehen, mit der Geduld, die wir den übermenschlichen Leistungen unserer Truppen schuldig sind. Es ist keine Frage: Schritt für Schritt sind sie auch in den verflochtenen Wochen vorgezogen — sie haben Stellungen erobert, die in ihren eigenen Händen, wie sie immer wieder betont, unannehmbar gewesen wären. Diese Truppen werden das ihnen gesteckte Ziel auch gegenüber einem Eifer- und Feuermut wie Verdun, auch gegenüber einem so tapferen und intelligenten Gegner wie dem Franzosen endlich erreichen.

**Der Verlust der Franzosen vor Verdun 400 000 Mann?**  
In der diplomatischen Gesellschaft hat, wie die „Börsen Zeitung“ erfährt, ein französischer Offizier geäußert: Es ist wahr, daß wir beim Angriff auf Verdun 400 000 Mann verloren haben.

## Die Verluste der Nordsee-Schlacht

Berlin, 15. Juni. Amtlich. Der Führer der englischen Flotte in der See-Schlacht vor dem Skagerrak, Admiral Jellicoe, hat in einem Bericht an die englische Flotte u. a. zum Ausdruck gebracht, er zweifle nicht daran, zu erfahren, daß die deutschen Verluste nicht geringer seien als die englischen. Demgegenüber wird auf die bereits in der amtlichen Veröffentlichung vom 7. Juni erfolgte Gegenüberstellung der beiderseitigen Schiffsverluste hingewiesen. Hiernach steht einem Gesamtverlust von 60 720 deutschen Kriegsschiffstons ein solcher von 117 150 englischen Tons gegenüber, wobei nur die jüngsten englischen Schiffe und Zerstörer in Auftrag gebracht sind, deren Verlust bisher von amtlicher englischer Seite zugegeben worden ist. Nach Aussagen englischer Gefangener sind noch weitere Schiffe untergegangen, darunter das Großkampfschiff „Barfleur“. An deutschen Schiffsverlusten sind andere als die bekanntgegebenen nicht eingetreten. Dies sind 8 M. S. U-Boote, 10 Torpedoboote, 20 Minensprengboote und 100 kleinere U-Boote. Dem Gesamtverlust an Kriegsschiffen beträgt auf Seiten der Engländer, soweit bisher durch die Admiralität veröffentlicht, 614 Tons und Vermirte und 513 Vermirte, auf deutscher Seite 244 Tons und Vermirte und 449 Vermirte.

Von unseren Schiffen sind während und nach der See-Schlacht 177 englische Gefangene gemacht, während, soweit bisher bekannt, sich in englischen Händen keine deutschen Gefangenen aus dieser Schlacht befinden. Die Namen der englischen Gefangenen werden auf dem üblichen Wege der englischen Regierung mitgeteilt werden.

## Der Chef des Admiralsstabes

500 000 Tons an englische Kriegsschiffe verloren!  
Durch die Schlacht am Skagerrak ist der den Engländern zugebrachte Verlust an Kriegsschiffen auf 400 000 Tons angewachsen.

Das Berliner Tageblatt macht über den Gesamtverlust der Donnerschlag folgende Angaben: Englische Verluste betragen: vor dem Skagerrak durchschlachtete an Herstellungsstätten moderner U-Boote und Dampfschiffe 2000 bis 2500 Tons (deutsche Verluste 200 bis 250 Tons), die in der See-Schlacht vor Verdun 1800 bis 2000 Tons (deutsche Verluste 200 bis 250 Tons), Torpedoboote 3200 bis 3500 Tons. Über die Verluste der U-Boote sind verlässliche Angaben noch bekannt.

## Der deutsche „Hermann“ in der Ostsee in Brand geschossen.

In der Nacht vom 13. zum 14. Juni wurde das deutsche U-Boot „Hermann“ in der Ostsee durch einen russischen U-Boot (Schiffname unbekannt) von der russischen Flotte angegriffen und nach heftiger Gegenwehr in Brand geschossen. Der Schiff wurde von der Besatzung gesprengt; der Kommandant und ein großer Teil der Besatzung sind getötet worden.

**Generaloberst v. Moltke** war im Frieden und in der ersten Zeit des Krieges Chef des Generalstabes. In seine Stelle trat dann der Kriegsminister Herr v. Falkenhayn und Herr v. Trotha wurde Chef des Stellvertretenden Generalstabes. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt von ihm: Er überragte nicht gern die Nachfolge des Herrn Falkenhayn, da er wußte, daß er nicht in dem ungewöhnlichen Maße wie seine beiden Vorgänger das Hirn und Herz des Großen Generalstabes sein konnte, aber mit seiner vornehmen und lauterer Gesinnung, seinem klaren und militärischen Verstande und seiner Menschenkenntnis hat er nach Maßgabe seiner Kräfte diesen wichtigen Posten doch trefflich ausgefüllt. Im „Lokalanzeiger“ wird als Vorzug Moltkes gerühmt, daß er seine eigene Person völlig unter die Sache zu stellen vermochte. Er blieb der eigene Hauptmann und gab ein wunderbares Beispiel der Entfagung, als er bei seiner Abberufung vom Posten des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, nachdem er getreten, sich seinem kaiserlichen Herrn für jede Verwendung zur Verfügung stellte und der Untergebene derer wurde, den er früher ein Vorgesetzter war.

**Oberleutnant Jumeinmann** f.  
Einer der wagemutigsten und erfolgreichsten deutschen Fliegeroffiziere hat im Oberleutnant Jumeinmann den Tod fürs Vaterland gefunden. Neben Hauptmann Böckel nannten die Berichte des Großen Hauptquartiers seinen Namen am häufigsten. Am 17. Mai machte er auf dem westlichen Kampffeld das 15. feindliche Flugzeug kampfunfähig. Ihm wurde für sein opfermütiges Wagnis das Eiserne Kreuz erster Klasse und schließlich der Orden pour le mérite (für das Verdienst) verliehen. Leider sollte der junge, 26jährige Offizier den endgültigen Sieg seines Volkes nicht mehr erleben. Bei einem Sturz im Weiden ist er tödlich abgestürzt. Beim Tode des Helden lenkt sein Volk, für das er sein Leben gelassen, die Föhnen in ehrfürchtiger Trauer.

**Begnädigung des englischen Gewerkschaftsführers.**  
Der englische Kriegsgefangene, Londoner Straßenbahnführer William Lonsdale, der vor einem Jahre wegen tödlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten im Gefangenenlager zu Döberitz vom Kriegsgericht der Garbedivision zu zehn Jahren Gefängnis, vom Oberkriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, ist vom Kaiser begnadigt worden.

## Fließende Tage

Nach dem Lokalanzeiger beschäftigten sich der Kriegs- und Landwirtschaftsausschuß der russischen Reichsduma mit der schweren Lebensmittelkrise und beschloßen die Einführung von vorläufig vier fließenden Tagen in der Woche.

## Polnische Rundschau

### Kriegsziele des Kanzlers

Genosse Scheidemann sprach am 20. Juni in Breslau vor mehreren tausend Personen oft unter stürmischem Beifall über die deutsche Arbeiterkraft und der Krieg. Dabei äußerte er über die Kriegsziele des Kanzlers: Man tut dem Reichskanzler gewaltig Unrecht, wenn man ihm die Absichten der Eroberung Belgiens und französischen Gebiets unterstellt. Ich weiß, daß er nicht an derartige Pläne denkt. Ich hoffe, er wird es mir nicht mißdeuten, wenn ich hier eine Indiskretion begehe. Ich begehe sie aber in der Absicht, unterem Lande einen Dienst zu erweisen. Als vor einem Jahre die sechs alldemischen Verbände dem Reichskanzler ihre Eroberungspläne unterbreiteten, wurde ich mit diesen Vorgesetzten beim Reichskanzler vorgestellt, um Einspruch zu erheben gegen jene Pläne. Wie verwiesen dabei auf unsere im Reichstage am 4. August abgegebene Erklärung. Wir hörten aus dem Munde des Reichskanzlers, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle, daß er sie weit von sich weisse, und daß er sie, wie alle ähnlichen Pläne, auf das entschiedenste mißbillige. (Stürmische Beifall!) Das war vor mehr als einem Jahre. Der Reichskanzler hat seitdem nichts gesagt oder getan, was uns zur Annahme berechtigt, er würde nicht noch heute auf seinem damaligen Standpunkt. Der Redner warnte dann vor der Einbeziehung fremder Völkervölker in das einheitliche Staatssystem, was in der Stunde der Not zu einer Gefahr werden könnte. Die Stärke Deutschlands in diesem Kriege ist der geschlossene Nationalstaat. Wollen wir einen dauerhaften Frieden haben, dann sehen wir von allen Eroberungen ab.

### Herr Kapp gegen den Reichskanzler.

Generallandschaftsdirektor Kapp, gegen dessen Proklamation der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in seiner letzten Reichstagsrede in scharfer Weise wandte, hat folgendes Rundschreiben verfaßt:

Rögnigsberg, Pr., den 14. Juni 1916.

In Verfolg der Reichstagsverhandlungen vom 5. Juni d. Js. sind zwischen dem Vertreter des Herrn Reichskanzlers und dem meinigen noch erfolglos von mir versuchter Verhandlung folgende Erklärungen ausgetauscht:

Der Herr Vertreter des Herrn Reichskanzlers erklärte:

Die von Herrn Kapp verbrachte Denkschrift ist ein Angriff gegen die Politik des Herrn Reichskanzlers. Aus Gründen des Staatswohls ist der Herr Reichskanzler diesem Angriff öffentlich im Reichstage entgegengetreten. Er lehnt es ab, diese ihm durch die Pflichten seines Amtes auferlegte Handlung zum Gegenstand persönlicher Auseinandersetzung zu machen.

Der Herr Vertreter des Herrn Reichskanzlers erklärte:

Herr Kapp hat vor Politik des Herrn Reichskanzlers den Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche gemacht. Der

Herr Reichskanzler hat gegen Herrn Kapp persönliche Schimpfwörter gebraucht. Nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers ist er aus Gründen des Staatswohls dem Kappischen Angriff öffentlich im Reichstage entgegengetreten. Er lehnte es ab, diese ihm durch die Pflichten seines Amtes auferlegte Handlung zum Gegenstand persönlicher Auseinandersetzung zu machen. Demgegenüber erklärt Herr Kapp, sich in einem Augenblick Genugtuung verschaffen zu wollen, in welchem dem Herrn Reichskanzler nicht mehr der Schutz des Krieges, seine Stellung und die Anwesenheit der Presse zur Seite stehen.

Dieser Tatbestand sollte ich hierdurch ergeben mit, Kapp, Generallandschaftsdirektor.

Herr Kapp wird also nach Friedensschluß, mit dem Kanzler Abrechnung halten.

### Die Gewerkschaften zur Rede des Reichskanzlers.

Die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften, die ihre Hauptversammlung in Berlin abhielten, nahmen mit einer Entschiedenheit zu der Rede des Reichskanzlers Stellung. In dieser Entschließung heißt es u. a.:

„Was von unseren Volksgenossen im Felde und in der Heimat an Kriegsarbeit geleistet worden ist, konnte nur geleistet werden von Männern und Frauen, die als freie Menschen in freier Williger Unterordnung wissen, daß sie um das Höchste kämpfen: die Anerkennung ihres Volkes in der Welt und ihre eigene dauernde Anerkennung im Volksganzen. Die deutschen Gewerkschaften begrüßen daher rühmend das offene Bekenntnis des Herrn Reichskanzlers in der Reichstagsrede vom 5. Juni 1916 zur Gleichberechtigung aller Volksgenossen und zu einer freirechtlichen Gestaltung der inneren Verhältnisse des Vaterlandes. Die deutschen Gewerkschaften werden an ihrem Teile ihr Bestes daran setzen, den Bestrebungen des Herrn Reichskanzlers gegen alle Widerstände zum Erfolge zu verhelfen, da nur durch die Verwirklichung dieser Bestrebungen eine dauernde Sicherung der großen Erfolge des Krieges gewährleistet werden kann. Dem Volke, das ohne Murren die größten Opfer an Gut und Blut auf sich genommen hat, dürfen wirtschaftliche, soziale und politische Rechte, für die es sich längst als reich erwiesen hat, nicht verweigert werden, wenn schwere Erschütterungen vermieden werden sollen.“

— Der Reichskanzler und die Zensur. Dem Reichsverband der deutschen Presse hat der Reichskanzler auf eine Eingabe folgende Antwort erteilt:

„Der Reichsverband der deutschen Presse hat in der Eingabe vom 22. v. Mts. auf Wünsche bei der Handhabung der Zensur hingewiesen. Die Berücksichtigung dieser Hinweise verneine ich nicht. Insbesondere stimme ich dem Reichsverband darin bei, daß sich die Verbreitung geheimer Druckschriften zu einem schweren Mißstand entwickelt hat. Wieweit hierbei neben dem Vorhandensein der Zensur noch andere Momente mitsprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Maßnahmen der Zensur außerhalb des rein militärischen Gebiets kann ich nur insoweit als wünschenswert ansehen, als sie dem obersten Zweck, dem wir alle dienen, der siegreichen Durchführung des Krieges, nützen. Eine unbeschränkte Freigabe der sogenannten Kriegsziele kann ich zu meinem Bedauern noch nicht in Aussicht stellen, doch entspricht es durchaus meinen Wünschen, wenn auch auf diesem Gebiete die Zensur würde gehandhabt wird. Ich darf im Übrigen auf die Ausführungen verweisen, die ich am 5. d. Mts. im Reichstage gemacht habe. Ich habe bereits veranlaßt, daß sich die Redaktionen über neue Regeln über die von mir in Aussicht gestellte Milderung der Zensur, soweit sie auch für politische Angelegenheiten noch erforderlich bleibt, verständigen. Dem Reichsverband darf ich anheimstellen, etwaige praktische Vorschläge auszuarbeiten und der Reichskanzlei einzureichen.“

Auf der einen Seite ist es nicht erlaubt, die Kriegsziele „unbeschränkt“ zu erörtern, auf der anderen Seite soll die Beschränkung „milde“ sein. Damit ist der Willkür vollends Tür und Tor eröffnet. Der Reichskanzler sollte endlich dem Wunsch aller Parteien nach Zulassung freier Aussprache über die Kriegsziele stattgeben. Am besten wäre es, wenn der Belagerungszustand überhaupt abgeschafft würde. Gegen Beeinträchtigung der militärischen Operationen durch die Presse schützt das Verantwortungsgefühl der Redaktionen, und wenn dies wirklich irgendwo verfallen sollte, das Spionagegesetz, dessen Verletzung auch ohne den Belagerungszustand sehr hart bestraft wird.

### Die Reichsregierung gegen Druckpapierpreiserhöhung.

Gegenüber der vom Druckpapier Syndikat vom 1. Juli ab in Aussicht genommenen erneuten Erhöhung der Preise für Zeitungsdruckpapier können wir feststellen, daß die Reichsleitung in Anbetracht des Interesses, das für die Kriegszeit an dem gesicherten Erscheinen der Tagespresse besteht, entschlossen ist, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, der Tagespresse das benötigte Zeitungsdruckpapier auf der derzeitigen Preisgrundlage soweit als möglich sicherzustellen.

### Das preussische Herrenhaus zu den Steuerfragen

Das preussische Herrenhaus trat am Dienstag wieder einmal zusammen. Wenn man etwa der Sitzung mit besonderem Interesse entgegengehen haben sollte, weil man von ihr eine Lösung des Steuerproblems zwischen den beiden Häusern des Landtags erwartete, so ist diese Erwartung gründlich enttäuscht worden. Das Herrenhaus ist nämlich ohne Debatte den Beschlüssen seiner Finanzkommission beigetreten, wonach die erhöhten Steuerzuschläge nicht nur für ein Jahr, sondern für die ganze Kriegsdauer bewilligt werden. Gleichfalls ohne Debatte wurde die Resolution angenommen, die sich gegen ein Ubergreifen des Reiches auf das Gebiet der einzelstaatlichen direkten Steuern richtet. Daß man diese Beschlüsse ohne Debatte läßt, geschah wohl nicht ohne demonstrative Absicht. Gerade weil die Differenz zwischen den beiden Häusern in der letzten Zeit nicht in der Öffentlichkeit besprochen wurde, hat man vielleicht zeigen wollen, daß man sich aus diesen Auseinandersetzungen nichts macht. Der Rest der Tagesordnung bestand zum größten Teil aus Petitionen, die ohne Debatte erledigt wurden.

Bei der Erörterung der Denkschrift über den Wiederaufbau Preussens hielt der Berichterstatter Graf Mirbach-Sorquitten eine lange Rede, aus der der Minister des Innern v. Seefeld einen gewissen Vorwurf gegen die Regierung herauszuheben glaubte. Der Minister erwiderte mit einer ausführlichen Darlegung dessen, was die Regierung getan hat und was sie weiter tun werde, und teilte mit, daß zwischen dem Reich und Preußen eine Vereinbarung getroffen ist, die Preußen die Zurückertottung eines großen Teils seiner Aufwendungen sichert. Nachdem Graf Mirbach erklärt hatte, daß er der Regierung keinen Vorwurf habe machen wollen, wurde auch diese Denkschrift erledigt.

An der Rede des Grafen Mirbach interessieren uns besonders seine Ausführungen über die Besitzsteuer. Er hat sich ja wiederholt — auch während des Krieges — gegen höhere Vermögenssteuern gewandt. Bester hat er in Herrenhaus seine starke Abneigung gegen eine höhere Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen auf folgende Weise bekundet:



Eine Subskription für Beitragsperre

Zur würdigen Vorbereitung der Generalversammlung für den Wahlkreis Teltow-Beeskow, die am Sonntag, den 18. Juni stattfinden soll, wird von einer Gruppe von Parteizerpflitterten eine acht Seiten starke Flugchrift verbreitet, die von wüsten Beschimpfungen der Parteimehrheit förmlich strotzt.

Soweit die Angriffe gegen den Kreisvorstand von Teltow-Beeskow gerichtet sind, werden sie in der Generalversammlung selbst in gebührender Weise beantwortet werden. Aber sie richten sich in nicht minder scharfer Weise auch gegen den Vorstand der Gesamtpartei.

Um den Parteigenossen im ganzen Reiche zu zeigen, wie weit wir in der Partei allmählich gekommen sind, seien hier aus der Subskription einige für das Ganze kennzeichnende Sätze herausgegriffen. „Die Scheidemann und Genossen“, so wird da gesagt, „sind kein sozialdemokratischer Parteivorstand, sondern Parteiverderber, die alle Rechte auf Grund des Parteistatuts verwickelt haben, weil sie selbst das Statut, sowie das Programm mit Füßen treten.“

In dieser Tonart geht es die ganzen acht Seiten hindurch. Der Parteivorstand hat es nicht nötig, solchen sinnlosen und verkehrten Beschimpfungen die Ehre einer Polemik zu erweisen. Derartige Anwürfe richten sich selbst in den Augen aller Parteigenossen, die sich auch nur noch einen Rest klarer Ueberlegung gemahrt haben.

Zweck der ganzen unsauberen Uebung ist nichts anderes, als den Wahlkreis Teltow-Beeskow, den größten Wahlkreis des Reiches, zu gewinnen für die von der sogenannten Spartacus-Gruppe seit Monaten schon gepredigte Taktik der Beitragsperrung. Man stellt die Mitglieder des Parteivorstandes als eine Bande von Lumpen und Verrätern hin, um dann mit dem Brustton der Ueberzeugung die Lösung ausgeben zu können: einem solchen Parteivorstand darf kein Groschen Parteigeld mehr anvertraut werden!

Wir warten ab, welchen Erfolg diese Propaganda in Teltow-Beeskow haben wird. Aber wir halten es für unsere Pflicht, die bevorstehende Generalversammlung so nachdrücklich wie möglich vor dem Beschreiten des ihr hier angeratenen Weges zu warnen. Die Beitragsperre, etwamal, in welcher Form sie gekleidet wird, würde nichts anderes bedeuten, als die Sprengung der Partei, dieser opfervollen Schöpfung zahlloser unbekannter und ungenannter Proletarier. Sie würde bedeuten die völlige Zerreißung unserer Organisation, deren unversehrte Aufrechterhaltung unsere Pflicht ist.

Noch einmal stellen wir fest: jede Organisation, die die Beitragsperre beschließt, stellt sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei.

Berlin, den 1. Juni 1916. Der Parteivorstand.

Danziger Kriegspolitik

Unter dieser Ueberschrift schreibt die von dem Reichstagsabgeordneten Gustav Noske, der aus seiner Königsberger Tätigkeit unseren Osten genau kennt, geleitete Chemnitzer Volksstimme in der Nummer 135 am 14. Juni:

Es gibt keine zweite Stadt in Deutschland, die sich in ihrer praktischen Stellung zu den Kriegsfragen so wesentlich von allen anderen unterscheidet, als Danzig, das alte nordische Benedig, an der Mündung der Weichsel. Im Berliner Tageblatt sprach Erich Dombrowski von ihm als der „traditionell liberalen Stadt“. Und der Schriftsteller Ernst Ewert rühmte seine Heimatstadt, die noch heute mit dem roten Banner des alten Freistaates geschmückt ist, als das „freie alte Danzig“.

fest, daß die Beschuldigungen jeder Grundlage entbehren. Trotz der öffentlichen Aufforderung, die Beleidigung zurückzunehmen, hielt Scholz sie in einem Schreiben ausdrücklich aufrecht. Damit endete die Verbindung unserer Genossen mit der Kriegshilfe. Bekker dieser Kriegshilfe, des städtischen Armenwesens, neuerdings der „städtischen“ Ernährungsfürsorge und auch noch bestellter Strafvorsitzenden des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig ist ein ganz jugendlicher Assessor Berent. Vor etwa einem Jahre wurde er Gerichts-Assessor. Er ist Mitglied einer reichen jüdischen Familie, die in der Danziger Schnapsindustrie viel gilt. Er trat zur unentgeltlichen Beschäftigung in den Magistratsdienst ein. Wenigen Monaten wurde er bereits Magistratsassessor und erhielt sofort alle sozialen Degernals. In der Ortskrankenkasse begann er mit der sofortigen Entlassung des Registrars K a r t h a a. Das Versicherungsamt entschied, daß es sich um einen ganz unbegründeten Akt handelte. Der Gemahregatte erhielt diese Rekrutierung ins Feld. Nach wenigen Tagen, am 4. November, fiel er bereits für die Freiheit seines Vaterlandes. . . . Bei der Neuanstellung des Geschäftsleiters wandte Berent sich mit einer geheimen Anfrage wegen eines als tüchtig gelobten Bewerbers an das Versicherungsamt Hamburg, ob dieser auch „energisch genug sei, um das schwierige Danziger Personal der Ortskrankenkasse zu leiten“. Neuerdings erließ er eine Verfügung, daß jede in die Öffentlichkeit gelangende Mitteilung aus der Ortskrankenkasse mit sofortiger Entlassung des Verdächtigen bestraft würde. Im Vorstande bezeichnete es der Herr offen als „Gemeinheit“, daß diese Geheimverfügung veröffentlicht wurde. Er hat auch die Zeitung der endlich auf dreimalige Aufforderung des Ministers des Innern bisher eingereichten zwei ganz unzulänglichen Volkstüchen erbalten. Für diese wurden, wie die bürgerliche Presse lobte, 30 000 Mark aus Harde und Industrie uneigennützig gespendet. Sofort wurde hieraus eine G. m. b. H. gegründet und somit auch dieser Einrichtung der städtische Charakter genommen und sie zu einer Almosenkuche gemacht. Kurz vorher hatten sich zwei Stadtverordnetenbeschlüssen mit der städtischen Ernährungsfrage beschäftigt. Die Politik des Oberbürgermeisters erlitt dabei eine vollständige Niederlage. Es gab nur eine Beurteilung ihrer vollständigen Unzulänglichkeit und Verschleppung. Kein einziger der Stadtverordneten, Sozialdemokraten gibts überhaupt nicht im Danziger Rathaus, verteidigte den Magistrat. Sachlich am schärfsten urteilte Rechtsanwalt J a n d e r, der in der Zeitung des 17. Armeekorps die militärische Lebensmittelförderung regelt. Er forderte, daß der Magistrat sich endlich einmal der hohen Bedeutung der Ernährung einer Stadt von 200 000 Einwohnern bewußt werden solle. Es sei überaus kleinlich, schon darauf stolz zu sein, daß die Stadt für 312 000 Mark, also noch nicht für 1,50 Mark pro Kopf, Lebensmittel beschafft und noch „et einmal als städtische abgegeben habe. Trotzdem folgte wieder die Unzulänglichkeit der Volkstüche. Die Danziger Volkswacht forderte immer und immer wieder eine den Anforderungen der Zeit genügende Hilfe. Die Folge war, daß Assessor Berent in der Redaktion des Parteiblattes, den auch in bürgerlichen Kreisen geschätzten Genossen B a r t e l, am 20. Mai mittag brüst aus der Volkstüche hinauswies. So vereinigen sich praktische soziale Fürsorge und Wunsch vor der Freiheit der Presse selbst in der großen Zeit des Weltkrieges in dem alten liberalen Danzig.

Krankenwacht

Die Nacht ist kühl — ich halte Krankenwacht — Nur manchmal stöhnt wohl Einer, Schmerz betroffen — Ein Trank genügt — ein laises Wort Erquickung, Sanft wiegt ihn ein, Gesehnangshoffen!

Olivier. Mainz.

Die Entbehrenden

In der Täglichen Rundschau, dem bekannten alldeutsch-patriotischen Berliner Blatte, veröffentlicht Klara Blüthgen die folgende treffliche Satire, die leider nur allzu treffend ist:

Ort der Handlung: ein sehr bekanntes Berliner Weinrestaurant, in dem man fast noch besser ist als trinkt. An einem behaglichen Eckisch sitzt die gnädige Frau mit ihrer Gesellschafterin und einem Herrn, der nicht der Gatte ist und nicht der Freund zu sein scheint. Tiefdunkel liegt der Rotwein in den Gläsern, die Marke steht in der Preisliste als die teuerste, ebenso wie die des Gettes im Eiskühler.

Die gnädige Frau hat die Gestalt einer Bavaria. In straffem Bogen begegnet sich ihr Unterkinn mit der allzu großen Brillantbroche am Halsauschnitt der prachtvollen „Schleierbluse“. Erbsenbrillanten funkeln in ihren dicken Ohrläppchen. Um den Kopf ihres Huttes sind kostbare Ketten

wie Strohhalm gewickelt — ein allerneuester Modentrid, den nur der Kenner zu würdigen versteht.

Man hat die Suppe gelöffelt und ist bei weiterer Wahl. „Du dumme, daß man nun auch nicht mal mehr Mustern haben kann,“ sagt die gnädige Frau betrübt.

„Und daß die Hummerneinfuhr verboten ist,“ jetzt der Herr fort. „Gerade Mustern und Hummern, die vermöge ihres reichen Eiweißgehalts einen so trefflichen Ersatz des Fleisches bieten. Nun, man wird sich auch so behelfen.“

Räuslich mit einem Borgericht, das wenigstens Defsardinen, Lachs, Krevetten und andere nahrhafte Sachen enthält.

Die Zwischenzeit bis zum Erscheinen benützt die gnädige Frau, um ihre Ansichten zu entwickeln:

„Ich für meinen Teil kann mich bis zum Neuesten einschränken. Was tut man nicht alles für das Vaterland! Ich trage meine Kleider nun das dritte Jahr und habe mich sogar ohne Uebergangshut durchgeschlagen. Es macht mir nicht das geringste aus! Die Ernährungsfrage baukt man meines Erachtens über Gebühr auf. Von unseren Brotarten bleibt reichlich ein Viertel übrig. Und das andere? Mein Gott, man kann eben im Restaurant speisen, wenn es freilich auch da heißt, manches zu entbehren.“

Damit greift sie nach der Speisekarte.

„Schade, mit dem Geflügel hapert es auch hier, während gerade für schwache Mägen Geflügel die einzig bestimmende Kost ist,“ meint der Herr bedenklieh, der schon zuvor die Karte eingehend studiert hat. „Junge Gans haben. Sie wirklich nicht?“ wendet er sich dann grollend an den Merwehlsenden Kellner.

„Beharre — nur das, was auf der Karte steht.“

„Schade — hm. Man sollte meinen, in einem so erstklassigen Restaurant — na denn nicht — also dreimal Frikassee von Huhn.“

Es wird gebracht und liegt sehr appetitlich in den silbernen Schalen, ein gefüllter roter Krebspanzer inmitten einer jeden.

„Das sieht ja mehr nach Leipziger Allerlei aus,“ rügt die gnädige Frau, indem sie mit der Gabel Steinpilze und Champignons beiseite schiebt. „Gehen Sie, Fräulein, das ist nun alles an Huhn. (Sie spielt das Stückchen auf, um es der Gesellschaftlerin unter die Nase zu halten.) Wenn ich vegetarisch essen will, brauche ich schließlich nicht hierher zu gehen. Aber was kommt darauf an? Ich will ja gern entbehren.“

„Wohin denken gnädige Frau diesen Sommer zu reisen?“ hucht der Herr sie von dem betrüblichen Thema abzulenken.

„Reisen, reisen, das ist so die Frage! Wer weiß, ob

man auf Reisen nicht noch mehr entbehren muß wie hier. Schließlich bleibt Berlin eben Berlin und bietet noch zuerst die Möglichkeit, sich zu helfen. Dazu die Reise selbst — ich habe da meine Erfahrungen schon im vergangenen Sommer gemacht. Ich nahm mir ein Billett Erster natürlich — und schließlich stopfte man mir das ganze Abteil voller Soldaten! Nicht, Fräulein!“

„Ja gewiß, gnädige Frau.“

„Gräßlich!“ ruft der Herr, indem er die Sektflasche aus dem Kübel hebt. „Man muß eben jetzt vieles in den Kauf nehmen. Das ist der Krieg, meine gnädige Frau, da man es jetzt nicht mehr auf französisch sagen darf. Wir alle leiden darunter.“ Vorsichtig sülkt er den Kelch, ihn schräg haltend, damit der Schaum verfliegt und möglichst tief hineingeht.

„Es war sonst hier so gute Gesellschaft, jetzt scheint es damit bedenklich nachzulassen. Sehen Sie nur, Fräulein, diese drei mit den unmöglichen Hüten und den engen Jacketts — die eine sieht so eingefallen aus, die hat gewiß die Schwindsucht. Man sollte doch den Geschäftsführer darauf aufmerksam machen, daß er derartige Elemente fernhält, die dazu angehen sind, die wirklich gute Gesellschaft zu verschauchen.“ Die Stimme der Gnädigen klingt matt und anklagend, als sie, Zustimmung heischend, die Gesellschaftlerin ansieht.

Die höchst mitleidig den drei dürftig gekleideten Damen nach und erwidert schau:

„Sie haben vielleicht niemanden zum Fleischstehen und haben wohl die ganze Woche keines bekommen — deshalb sind sie hier.“

Aber die gnädige Frau hört kaum auf ihre Worte. Sie hat den Kopf neben den des Herrn über die Speisekarte gebückt; beide beraten eifrig, wägen die Vorzüge dieses oder jenes Gerichts gegeneinander ab.

Der Kellner steigt. Teller und volle Schüsseln werden gebracht, Teller und leere Schüsseln verschwinden. Braten, Süßspeise, Nachtisch. Nach und nach hat man sich durch sechs Gänge hindurchentbeert und ist froh, sich nun bei Kaffee und Zigaretten von all den Entbehrungen zu erholen.

Da gehen ein paar Feldgraue vorüber, während gerade der „Herr Ober“ die nicht enden wollende Rechnung aufsieht. „Schühengraben!“ sagt der eine und weist mit dem Daumen rückwärts über die Schulter.

„Was hat er gesagt? Meint er etwa uns?“ fragt die gnädige Frau etwas unsicher. „Ich finde, daß man jetzt — wie sage ich? — nun, daß der Ton anfängt, bedenklich zu verrohnen. Ich kann wohl sagen, ich kann ohne zu klagen, manches entbehren, nur auf gute Form verzichte ich höchst ungern. Darin bin ich nun mal empfindlich.“



# Danziger Nachrichten

## Friedensprophezeiungen

Als der Krieg ausbrach, glaubten alle an ein baldiges Ende, und da man es für natürlich hielt, daß das Ende bald kommen würde, gab man sich mit Deutungen und Prophezeiungen nicht ab. Als aber der Abzug des graustigen Krieges nicht kam und nicht kommen wollte, während die Sehnsucht nach Frieden in allen Ländern bis ins Unendliche wuchs, gab man sich „Friedensprophezeiungen“ hin. Eine besonders Meist prophezeite den nächsten Tag und Hunderttausende glaubten an seine Erfüllung, wenn auch immer wieder vergeblich. Was jetzt sehen wollen, welche Kreise wieder in diesem Maße. Einen neuen Tag hat ein neuer Weiser entdeckt und Urgedächte glauben wieder an die neue Prophezeiung.

Woher das? Wie kommt es, daß selbst Tausende, die sonst solchem Treiben fernstehen, jetzt zu diesem Aberglauben neigen? Es ist das übergroße Sehnen, die übergroße Reizung von Hirn und Herz bei uns wie bei allen Völkern: Wenn er doch endlich käme, der Frieden; es könnte ja sein, daß er prophezeite Tag der richtige wäre. Und so glauben sie alle, hoffen sie alle. Das fehlende Glück, die Hergensnot, das heisse Sehnen ist es, das den Menschen zum Aberglauben treibt. Und so wird der Aberglauben stets herrschen, solange ein befriedigendes Glück dem Menschen fehlt. So wird auch der Hauptinhalt des Wahnsinnens in der Friedenszeit, der Gewinn von hohen Geldsummen, stets zu finden sein, solange das Glück des Lebens in so weitem Maße ausmacht wie heute.

Das zeigt uns, daß erst eine neue, wirklich sittliche Welt das Ende all der Wahnsinnigen und Prophezeiungen bringen wird. Das Leben des Menschen darf nicht ein von äußeren Momenten herangerufenes Auf und Ab sein. Gleichmäßig, fest und stetig müssen sein Gepräge sein.

Wenn heute Krieg ist und morgen Frieden, wenn heute Armut herrscht und morgen Reichtum, dann werden naive Gemüter für den Glauben an pöbliche Glücksfälle empfänglich sein. In der Welt der Harmonie und des stetigen inneren Glücks aber ist dafür kein Raum und kein Bedürfnis. Unnatürlicher Glaube gedeiht nur in einer unnatürlichen Lebensordnung. Unsere neue, die sozialistische und darum von allen jetzigen blinden Zufällen freie sittliche Welt wird ihn nicht kennen. Ihr leitendes Prinzip ist die im allgemeinen Interesse geförderte höchste Wohlfahrt jedes einzelnen. Dadurch macht sie den Menschen zum Herrn seines Schicksals. Erst dann ist er nicht mehr der Spielball für ihre blindwandelnden Kräfte. Dann ist der kindliche Hoffnung auf Glückszufälle und sie prophezeiende Weissagungen jeder Boden entzogen.

## Kurttheater in Zoppot

Das Zoppoter Kurttheater wird seine neue Spielzeit am 25. Juni unter Leitung des von der Danziger Bühne bekannten Herrn Norman beginnen. Es stehen Stücke in Aussicht, die auf der Danziger Bühne seit langem schmerzlich entbehrt werden mußten. Sodermann wird wiederholt zum Wort genommen, mit den Schauspielen Glück im Winkel und Es lebe das Leben. Dann aber auch mit der anderwärts mit großem Erfolge aufgeführten Komödie Die gutgeschmittenen Ede. aus seinem neuen Jussus Die entgötterte Welt. Abens Wildente, Hauptmanns Fährten, Herrmann Henrich, Strindbergs Rausch und Ganghofers Meerleuchten werden reiche Abwechslung bieten. Natürlich kommen auch leichter, Werke zur Geltung. Wir nennen Friedrichs Logierbesuch, Mumenthals Baldische und Große Pause. An Operetten stehen in Aussicht Das Dreimäderlhaus, Der selbige Balduin und Das Fräulein vom Amt.

## Wintergarten

Der Presse wird die trinitische Pflicht durch die Fülle des Guten und Besseren, die das zweite Juni-programm bietet, wieder nicht leicht gemacht. An die Spitze stellen wir die ansehnliche Komödie des spanischen und wirklich vornehm wirkenden Theaterregisseurs Hodges und Miller, das ist höchst gelungene, das höchste Komödie und Dekorationen bedient. Wir führen die jungen Wiens in einfach eine Schönheit der Danziger Bühne. In Kaprizios komponieren sie die Reiterkunst, die sich selbstbewusst, Gegenüber diesen prächtigen Leistungen stehen die langenden Marionetten, in ihrer Eigenart ebenfalls höchst wertvoll, ein wenig übertrieben. Die beliebteste Schöpfung der beiden Moran die übersteigt jede Vorstellung. Es bedeutet über nicht wenig, daß ein Mensch sich so buchstäblich zu einem Witz, daß er als normales Handgepäck fortgetragen werden kann. Die Dame wird der Herr die ist, einfach als Witzgeburten, beiläufig im „Gedankenspiel“ auch den ungewöhnlichen Inhalt der Szenen und Dokumenten um verlässliche Sicherheit. Das Roll-Vertrauen ist dem Tage in seinen eigenen Gedanken, die der beiden Moran die übersteigt jede Vorstellung. Es bedeutet über nicht wenig, daß ein Mensch sich so buchstäblich zu einem Witz, daß er als normales Handgepäck fortgetragen werden kann. Die Dame wird der Herr die ist, einfach als Witzgeburten, beiläufig im „Gedankenspiel“ auch den ungewöhnlichen Inhalt der Szenen und Dokumenten um verlässliche Sicherheit. Das Roll-Vertrauen ist dem Tage in seinen eigenen Gedanken, die der beiden Moran die übersteigt jede Vorstellung. Es bedeutet über nicht wenig, daß ein Mensch sich so buchstäblich zu einem Witz, daß er als normales Handgepäck fortgetragen werden kann. Die Dame wird der Herr die ist, einfach als Witzgeburten, beiläufig im „Gedankenspiel“ auch den ungewöhnlichen Inhalt der Szenen und Dokumenten um verlässliche Sicherheit.

Immerhin Erso Irla lassen in ihrem Bewusstsein, Langsam, besonders in den polnischen Nationalitäten, sehr gut. Bist ist ein so ausgezeichneter dreistruktur „König“, daß er sogar die Unarten wöhrerger Herrschaften beherrscht. Er spricht nach den Regeln der Tafelkunst, telephoniert höflich und begibt sich schließlich sehr gefällig zur Ruhe. Seine Meisterin hat mit ihm ein höchstes Bild Arbeit bewiesen.

Die Direktion behält für die Sonntage 2 u e i große Vorstellungen. Um 14 Uhr und um 17 Uhr nachmittags beginnen, bei. Die Nachmittagsvorstellung bringt die ungekürzte Spielfolge des Abends. Ihr Besuch ist doppelt für die wertvoll, die im Kriege sich manche Entbehrung auferlegen müssen. Der Besuch des mit Recht beliebten Wintergartens wird ihnen einen Ausgleich für manche durch unsere eiferne Zeit bedingte Belastung des Gemüts und Empfindens bringen.

## Neuer Spielplan des Stadttheaters

Engelberd Humperdinck's Märchenoper „Königslinder“ und E. Wolf-Ferrari's große Oper „Der Schmied der Medona“ werden die ersten Opernvorstellungen der kommenden Spielzeit sein! Ein Singpiel in 3 Akten von M. Willner und H. Reichert „Das Dreimäderlhaus“, Musik nach Franz Schubert, und die Operette „Der dumme August“ von Rudolf Kallier wurden gleichfalls von Direktor Schaper angekauft. — „Basantena“, ein Schauspiel in 3 Akten nach dem Indischen des Königs, Subrata, von Lion Feuchtwanger, wird voraussichtlich die Spielzeit eröffnen! Unsere Bühne wird eine der Ersten sein, welche dies literarisch sehr wertvolle Werk zur Aufführung bringt. Es wurde bisher mit starkem Erfolg an den Hoftheatern Karlsruhe und Mannheim gegeben und ist für die kommende Spielzeit vom Deutschen Theater in Berlin, den Kammertheatern in München und dem Stadttheater in Hamburg erworben worden.

Als erster Feriener Hof wurde Herr Paul Seebach vom Stadttheater in Chemnitz verpflichtet. Direktor Schaper erwirbt zur Aufführung: Das Nürnbergsche Ei, Tragödie von Walter Hasler, Gabriel Schillings Flucht, Drama von Gerhart Hauptmann, Die gutgeschmittenen Ede, Tragikomödie aus dem Jussus Die entgötterte Welt von Hermann Sudermann, Kameraden, Komödie von August Strindberg, Die rätselhafte Frau, Lustspiel von R. Reinert, Klein Eva, Lustspiel von Olga Dit, Onkel Bernhard, Lustspiel von A. Friedmann und H. Kottow, Logierbesuch, Schwank von F. Friedmann-Frederich, das neue Repertoirestück des Berliner Lessingtheaters, Schwaner Peter, Lustspiel von J. Bergström und M. Larfen, und Der selbige Balduin, ein Familienpiel von Urban und Wolff, Musik von Walter Kalla.

## Arbeiterinnen-Gefangenen „Liedestreu“

Die erste Uebungsstunde findet Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Tischlergasse 49, bei Schönherr, statt. Der Vorstand.

## Zeitungspreise werden noch teurer!

Der Verband deutscher Druckpapierfabriken erhöht infolge des Beschlusses des Vereins der Zellstofffabrikanten, wonach die Preise für Zellstoff gegenüber den Friedenspreisen um das zweieinhalbfache erhöht werden, ab 1. Juli die Preise für 100 Kilogramm Zeitungsdruckpapier um 10 Mark für Rollen und 12 Mark für Bogen. Das bedeutet eine nennenswerte Steigerung von 25 Prozent und von rund 90 Prozent gegen den Friedenspreis.

## Die Reichstagswahl 1912

Spiele dieser Tage vor der Berufsstrafkammer noch eine Rolle. In jenem Wahlkampf haben die vereinigten Zentrumskonservativen ein ziemlich antisemitisch gehaltenes Flugblatt verbreitet. Rabbiner Kaelter antwortete darauf in einer Zeitschrift in heiligen Sprachen am 2. Januar 1912. Der bekannte antisemitische Schriftsteller Frisch, Herausgeber des Hammer in Leipzig, klagte deshalb gegen ihn wegen Beleidigung und erzielte vor dem Schöffengericht auch seine Verurteilung zu 300 Mark Geldstrafe. Die Berufung des gegen die Verurteilung sollte erst jetzt verhandelt werden. Die Beteiligten schlossen einen Vergleich, in dem Kaelter sämtliche Kosten übernahm und die Erklärung abgab, daß er nicht die Absicht der Beleidigung gehabt habe.

## Sammeltag der Kriegshilfe

Zur Vollerfüllung des zweiten Kriegsjahres beabsichtigt die hiesige private Kriegshilfe, auf Anregung des Oberbürgermeisters Scholz allgemeine öffentliche Sammlungen. Es handelt sich um ein Unternehmen ähnlich der bekannten Mumentage, die bekanntlich von allen ernsten Sozialpolitikern unterstützt wurden sind. Wir möchten noch bemerken, daß die hiesige Zeitung am 17. Juni bittere Bemerkungen über die einzelhafteste Gefährdung der Zahlungsfähigen macht. Sie teilt mit, daß alle diejenigen, die bei solchen Sammlungen teilnehmen, mutlos geworden seien. Es seien meist nur noch die Kerkerer, die genügen Verständnis für die Aufopferung der Krieger besäßen und ihrer auch durch Gaben gedachten. Diese Gefährdungen genügen zur Beurteilung des neuen Sammeltags, und der Absichten, die damit verfolgt werden. Auf man schon der Vollerfüllung des zweiten Kriegsjahres in würdiger Weise gedenken, so ist das besonders hier sehr leicht durch einen einheitlichen Schemawechsel, der längst notwendig ist, möglich. Man gehe endlich die privaten Mittel zur Unterstützung der Kriegerfrauen auf und zahle ihnen den höchsten Zinsfuß, der ihnen von allen anderen deutschen Großstädten gemacht wird. — Dies wäre eine Tat, durch die die Stadt sich selbst die Kriegerfrauen und unsere kämpfenden Volkshelden am würdigsten ehren würde.

## Stadtverordneter und Maler-Obermeister v. Brzezinski

hat für einige Zeit so viel Arbeit, daß er neben 3 deutschen Malergehilfen 2 russisch-polnische Zivilerfänger beschäftigt hat. Die deutschen Gehilfen erhalten laut Tarif, je weit sie über 20 Jahre alt sind, pro Stunde 63 Pfennig und Zivilerfänger 56 Pfennig Lohn. Den Russen zahlt er jedoch nur 50 Pfennig und zwar nur die Hälfte zur Inanspruchnahme. In der Woche vor Abgang entließ er nun, nicht etwa die ausländischen Gefangenen, sondern 2 deutsche Gehilfen, von denen der eine etwa 20 und der andere 10 Wochen bei ihm gearbeitet hatte. Am 16. Juni folgte die Entlassung des letzten

deutschen Gehilfen. Die Schwester des v. B. soll die Entlassung damit begründet haben, daß die Russen sich Material und Geräte selber leisten, während die deutschen Gehilfen noch Hilfskräfte brauchen. Diese Erklärung wirkt um so befremdlicher, als die Arbeitsgelegenheit im Malergewerbe wegen der Schwierigkeit der Materialbeschaffung und der Zurückhaltung der Bauherren und Hausbesitzer ungemein lang bemessen ist. Ein größerer hiesiger Malermeister, der zwei der Entlassenen einstellte, äußerte: Er könne es nicht verstehen, wie man russische Kräfte zu so konkurrenzunfähigen Männern einstellen könne, so lange es noch deutsche Gehilfen gäbe.

Diese Meinung teilen wir auch. Dem deutschen Empfinden ist die Handlungsweise des Herrn Obermeisters der Malerinnung, der in dieser Eigenschaft zur besonderen Beachtung des Tarifvertrages verpflichtet ist, absolut unverständlich. Herr v. Brzezinski ist aber nicht nur Aldiger, Stadtverordneter und angehendes Mitglied seiner katholischen Kirchengemeinde, sondern auch besonderer Hüter der Rechte des Handwerks und des Mittelstandes. Auch rühmt er sich, an einer Orientreise des deutschen Kaisers teilgenommen zu haben. Ehe wir diese Mitteilungen veröffentlichen, teilten wir v. B. den Sachverhalt mit dem Ausdruck unseres Erstaunens über ein so unehrliches Verhalten mit und ersuchten ihn um Berichtigung der Tatsachen, wenn diese etwa nicht stimmen sollten. Wir haben eine Antwort darauf nicht erhalten! An der Richtigkeit dieser Schilderung ist daher leider nicht zu zweifeln. Jede weitere Kritik erübrigt sich deshalb.

## Wechsel im Stellvertretenden Generalkommando des 17. Armeekorps

Der bisherige Stellvertretende General, General der Infanterie Mag v. Schack, ist am 15. Juni von seinem Posten in seine frühere Stellung zurückgetreten. Seit dem Jahre 1911 war er Gouverneur von Thorn und wurde zu Beginn des Krieges für General v. Madensen Stellvertretender Kommandeur des 17. Korpsbezirks. Diese Stellung hat er in dem stark gefährdeten Küstengebiet so bekleidet, daß ihm aus allen Schichten der Bürgerschaft für seine Amtsführung Anerkennung gepollt werden dürfte. Wenn wir häufiger das entschlossene und zweckmäßige Eingreifen der Militärverwaltung zum Schutz der großen Massen in der Ernährungsfrage gegenüber der städtischen Leitung anerkennen mußten, so ist das wohl in erster Linie dem jetzt geschiedenen General zu danken. An seine Stelle tritt Generalleutnant Wagner, der im Frieden Kommandeur der 38. Division in Erfurt gewesen ist. Mit dem Mobilmachung zog er ins Feld.

## Börse und Krieg

Wir sind es gewohnt, daß uns aus Anlaß bestimmter Artikel Zuschriften meist zustimmenden, mitunter aber auch ablehnenden, Inhalts zugehen. In besonders starkem Umfange ist dies wegen des in unserer letzten Nummer 24 veröffentlichten Artikels Die Mobilisierung der Danziger Börse erfolgt. Selbst aus Kreisen, die sonst nicht mit uns in Beziehungen stehen, wurden wir dazu beglückwünscht. Man schrieb erlautet, wie es nur komme, daß die gesamte übrige lokale Presse die Wichtigkeit und den besonderen Charakter des Zusammenschlusses des börsenmäßigen Großkapitals so vollständig übersehen konnte? Sachkundige Einseher freuen sich, daß wir, wie sie sagen, gerade dieser Frage die Schelle umgehängt haben. Sie fürchten die trübste Zukunft für den kleineren selbständigen Handel Danzigs, wenn dem neuen Börsenrat nicht rechtzeitig behördliche Schranken gezogen werden. Die meisten Zuschriften ergeben sich in der Beurteilung der Neugründung in so scharfen Wendungen, daß wir sie jetzt unmöglich wiedergeben können. Einige wunderten sich darüber, daß die Förderer des Unternehmens nicht die notwendige politische Wirkung ihres Vorgehens auf die Sozialdemokratie bedacht haben. Sie meinen, daß doch kein Zweifel darüber bestehen kann, daß die Regierung den Großhandel nicht aus besonders feindlichen Gründen, sondern zur Förderung des Allgemeinwohls einschränken mußte. Er verlagte eben in der Erfüllung der gemeinnützigen Aufgaben des Krieges und blieb, was er im Frieden war, das Organ zur Förderung des privaten Nutzens der in ihm beteiligten kapitalistischen Kreise. Daß trotzdem diese Interessenten der Regierung so schwer gerührt, wegen ihres Eingreifens zum Schutz der Allgemeinheit, Krieg ansagen, müsse antikapitalistische Neigungen auch in den Schichten der Danziger Bevölkerung und weit darüber hinaus stärken, die bisher vom Sozialismus und der Sozialdemokratie nichts wissen wollten.

Wir müßten nicht, weshalb wir solche Wirkungen bedauern sollten. Es scheint uns wertvoll, einige treffende Urteile über die Börse im Kriege, die Windex in Nummer 21 der, von Siegfried Jakobsohn in Charlottenburg herausgegebenen, Schaubühne gibt, zur Kenntnis unserer Leser zu bringen. Er schreibt:

„Niemand waren bewegtere und lärmhaftere Methoden an der Börse üblich, als in diesen Kriegsjahren. Niemand fanden unbedeutendere Ausstreiberien statt und kaum je wurde doch mehr Geld aus spekulativen Gründen zum Fenster hinausgeworfen und von gekleideten Händen aufgefangen. Man muß durchaus daran zweifeln, daß denen, die an der Börse den höchsten Ton anheben, die Verantwortlichkeit eigen ist, die für die Tätigkeit an einem Mittelpunkt des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges als dringend erforderlich zu gelten hat. Die Börse darf heute weniger denn je dazu mißbraucht werden, ein Mittel zu sein, um durch Künste allerhand Art, durch vage Berechnungen und törichte oder sogar böswillige Gerüchte Geld aus den Taschen anderer in die eigenen Hintertaschen zu manövrieren. Mag man die Bedürfnisse, die sich die Börse bei der Finanzierung der Kriegshilfe erworben hat, noch so hoch einschätzen. Nichts rechtfertigt die illudie Gewinnhaftigkeit, den schmerzhaften Materialismus und die Rücksichtslosigkeit gegenüber den Zeitumständen, wovon die Börse seit Monaten erfüllt ist.“

Die Geschäfte des neuen Wirtschaftsverbandes „Danziger Handelsfirmen G. m. b. H.“, wie sich das Börsenkartell offiziell nennt, führt vorläufig Kaufmann Erich Karkusch. Es scheint sich auf eine recht lange und aufrengende Tätigkeit einzurichten, denn es sucht einen Volkswirtschaftler oder sonst bedeutenden Mann als leitenden Geschäftsführer.

Communale Milchversorgung. Der Mannheimer Stadtrat stellt 100 000 Mark zur Anschaffung von Milchvieh bereit, um möglichst bald eine Besserung der Milchversorgung der Bevölkerung herbeizuführen.



### Genosse Hans Markwald

ist von der Pressekommission der Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung zur Leitung des Blattes berufen und deshalb von Königsberg nach Duisburg übergesiedelt. Uns stand M. als Reichstagskandidat von Danzig-Stadt sehr nahe. Wir sehen ihn ungern scheiden. Unbeirrt nahm er in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen klar und unzweifelhaft Stellung für die von der Reichstagsfraktion periretete Politik. In der von ihm geleiteten Königsberger Volkszeitung und in der Neuen Zeit wies er mit zwingender Schärfe nach, daß es in der Demokratie keine eigenmächtige Sprengung der Organisation geben kann, wenn man wirklich die Einigkeit will. Wichtig verstandene und ehrliche, wollte Demokratie zwingen zur Unterordnung unter gemeinsam gefasste Beschlüsse auch im Kriege solange, bis die Gemeinschaft sie ändert oder bestätigt. Diese sozialdemokratische Selbstverständlichkeit in Königsberg, dem Wahlkreis Haases, vertreten zu haben, muß ihm als besonderes Verdienst angerechnet werden. Sein Name steht auch unter der Resolution, durch die sich die große Mehrheit der Vertreter der westpreussischen Genossen unlangst erneut für die Sicherung eines selbständigen Deutschlands und die Einigkeit der Partei entschieden. Wir wollen nicht entscheiden, ob es nicht vielleicht möglich gewesen wäre, wenn Markwald in Königsberg geblieben wäre. Auf jeden Fall wissen wir, daß er auch in der neuen Stellung mit voller Hingabe im Dienst des Klassenbewußten Proletariats seine Pflicht und Schuldigkeit tun wird. Wir wünschen dem Kugen Genossen und unerschrockenen Kämpfer auch in seinem rheinischen Wirkungskreis vollen Erfolg.

### Mehr Verantwortlichkeitsgefühl!

Die Tatsache, daß es hier keine städtischen Speisehallen gibt, sondern nur solche, die einer privaten G. m. b. H. gehören, führt zu ganz eigentümlichen Situationen. Die städtischen Körperschaften, besonders die Stadtverordnetenversammlung, haben naturgemäß nichts in den Betrieb der G. m. b. H. hineinzureden. Dafür besorgt aber der Magistrat sozusagen die Reklame für die Einrichtung. So lasen wir am 20. Juni in der gekommenen bürgerlichen Lokalpresse einen Artikel mit der Überschrift: Der Betrieb der Danziger Speisehallen. Dieser kam aus dem Rathaus, wurde aber, so weit wir sehen können, nur vom Westpreussischen Volksblatt als Magistratsarbeit kenntlich gemacht. Darin wurde mitgeteilt, daß die vier Speisehallen im Durchschnitt täglich 2100 Liter Essen verabfolgen. Wie wenig diese von dem Artikel als bedeutend dargestellte Leistung in Wirklichkeit ist, beweist die Tatsache, daß in Hamburg jetzt von 78 Kriegsläden täglich 150 000 Personen gespeist werden. Dort wird für das einfache Essen aber auch nicht 40 Pfennig für den Liter und 25 Pfennig für den halben Liter, wie in Danzig, gefordert. In Hamburg kostet der Liter nur 20 Pfennig und der halbe eben auch nur die Hälfte, nämlich 10 Pfennig. Das Vertrauen der Bevölkerung haben aber auch die Hamburger Küchen erst dann erworben, als zwei Vertreter der organisierten Arbeiterschaft in den Speiseauschuß aufgenommen wurden. In Danzig glaubt man eine derartige selbstverständliche Rücksichtnahme auf die Bevölkerung nicht nehmen zu dürfen. Hier macht man alles vom allwissenden grünen Tisch mit Hilfe der besseren Kreise und schließlich mit der vielgeliebten G. m. b. H. Von diesem Gesichtspunkt aus, aber auch nur von diesem, sind die Schlüsse des magistratischen Artikels überhaupt noch verständlich. Es heißt dort:

„Auf eine nahrhafte und gesundheitsmäßige Zusammenstellung der Speisen wird besondere Aufmerksamkeit gerichtet, wenn auch natürlich durch die gebotene Sparsamkeit enge Grenzen gezogen sind. Es hat sich in allen Speisehallen bereits ein Stamm fester Gäste gebildet, die ihre Zufriedenheit häufig zum Ausdruck bringen. Allerdings gibt es auch eine ganze Anzahl von Leuten (1), die nur gelegentlich in dieser oder jener Speisehalle probieren und ihre Ansprüche nicht erfüllt sehen, und von solchen, die nur an den Tagen, an denen sie Hülfsmittel oder andere bevorzugte Speisen erwarten, Essen abholen lassen. Für solche Gelegenheitsstunden sind die Speisehallen aber nicht bestimmt. Sie sollen dazu beitragen, der Bevölkerung regelmäßig eine kräftige und gesunde Nahrung zuzuführen, nicht aber, besondere Liebhaberereien befriedigen.“

Wenn ein privater Speisewirt seinen Gästen — und Leute — in so ungeschickter Weise den Text liest, dann kann man nur den Tag bedauern, an dem ihm die Idee gekommen ist, ein guter Geschäftsmann zu sein. Man bleibt aber einfach sprachlos, wenn man sich sagen muß, daß solche Geschmachlosigkeiten von der Leitung einer großstädtischen Gemeinde der Bevölkerung in einer der ernstesten Notstände vorgehalten werden. Wieviel Festreden hat Oberbürgermeister Scholz nicht schon gehalten, in denen er von der großzügigen Erfassung der Pflichten der eisernen Zeit des Weltkrieges sprach und sie im weitestumfange forderte. Und nun geht unter der Verantwortlichkeit desselben Mannes eine derartige unbegreifliche Einseitigkeit in die Öffentlichkeit. Wenn man in der Leitung der Großstadt Danzig die erste Kritik des Rechtsanwalts Jander schon ignorierte, dann hätte man doch niemals seine Aufforderung übersehen dürfen, sich endlich der großen Bedeutung der Ernährung einer Bevölkerung von über 200 000 Köpfen bewußt zu werden. Ist man sich denn gar nicht klar darüber, wie solche krämerhafte Kleinlichkeit und engherzige Schamlosigkeit auch von bürgerlich denkenden Lesern beurteilt werden muß? Lange genug hat man doch schon Zeit gehabt, um einzusehen, eine wie dringende Sprache die Tatsachen reden. Oder soll erst noch ein besonderer Johann Jakob für Danzig erstehen und sein gestügeltstes Wort wiederholen, daß es das Unglück der Magistrate ist, wenn sie die Wahrheit nicht hören mögen?

Eine fünfte Speisehalle soll in der Wallgasse und später weitere in Langfuhr und Neufahrwasser eingerichtet werden. Der Verein Frauenwohl plant außerdem die Errichtung einer Mittellstanküche, die natürlich wieder dem Einfluß der Stadt entzogen wird. Endlich wird auch davon geschrieben, daß einige Speisewagen einst in Betrieb gesetzt werden sollen.

Zur städtischen Küchenfrage.

Zur Frage der „Mittelständischen“ schreibt unser Hamburger Bruderblatt ganz in unserm Sinne:

„Die minderbemittelten Kreise der Bevölkerung müssen in diesem Kriege derartige Opfer bringen, müssen ihre Lebenshaltung in einer Weise einschränken, daß es durch nichts, aber auch durch gar nichts rechtfertigen ließe, wollte man ihnen dadurch ihr

„Kinderwertigkeit“ noch drastischer vor Augen führen, daß man für die Kreise, die sich zu gut dünken, in den heutigen Kriegslagen zu essen oder ihr Essen von dort zu holen, besonders Küchen mit besserem Essen einrichten wollte. Die Einrichtung von Mittelständischen, die von verschiedenen Seiten betrieblen wird, würde das Essen der Kriegsläden wirklich zu Bestieftuppen für die Armen herabdrücken. Wenn in den Schützengräben die Angehörigen aller Bevölkerungsklassen aus der gleichen Gulaschkanone ihre Schnäpfe gefüllt bekommen, dann sollte man meinen, daß auch die Dabeimgebliebenen diesen guten Brauch üben könnten. Das Essen der Kriegsläden kann auch noch nahrhafter gemacht werden. Alle Kreise der Bevölkerung sollten darum, wenn es nötig ist, ihren Bedarf in der einheitlichen Kriegsküche decken und decken müssen.“

### Geübte Schaffnerin.

In Ausübung ihres neuen Berufes kam die Schaffnerin Frau Ida Ehler am 21. Juni nachmittag in der Breitgasse ums Leben. Sie drückte die Weichenzunge mit dem eisernen Stoch zurück, um einen Motor- und einen Anhängewagen auf das andere Gleis zu leiten. Dabei muß sie wahrscheinlich ausgeglichen sein, kam zwischen beiden Wagen und erlitt eine schwere Schädelgehirnverletzung, die im Städtischen Krankenhaus ihren Tod herbeiführte.

Ob sich dieses Opfer der Arbeit nicht vermeiden ließ, können wir noch nicht übersehen. Wir haben aber schon wiederholt gesehen, daß auch Schaffner bei dieser Art des Weichenzugens durch Abgleiten des eisernen Hebels das Gleichgewicht verloren. Dazu kommt die Hast, mit der diese Arbeit meist ausgeführt werden muß. Frau Ehler soll 4 Kinder hinterlassen, die mit der Ernährerin die Mutter verlieren.

### Für die Volkswacht zu agieren

muß sich auch in der Kriegszeit jeder Freund unseres Blattes zur Aufgabe machen.

Gerade in diesen Zeiten weltgeschichtlicher Entscheidungen ist das Bedürfnis nach einer wohlunterrichteten Zeitung besonders stark. Dabei hält sich die Volkswacht von allen Uebertreibungen der Kriegslüsterheit sorgfältig fern und behält als Ziel des großen Krieges die freiheitliche Entwicklung Deutschlands fest im Auge.

Der Beifall, den wir bei unseren bisherigen Lesern und vielen neuen Freunden gefunden haben, gibt uns die Gewähr, daß auch die weitere Ausbreitung unseres Leserkreises bei einiger Bemühung gut zu erreichen sein wird. Wir bitten deshalb unsere Freunde, gerade in diesem passenden Zeitpunkt um recht rege Werbetätigkeit.

Die Volkswacht wird zum Preise von 35 Pfg. monatlich frei ins Haus geliefert.

### Das dreiklassige Wahlrecht.

Die schärfste Kritik hätte das für die meisten preussischen Städte und leider auch für Danzig geltende Dreiklassenwahlrecht nicht so charakterisieren können, wie die Ausübung dieses Rechtes durch einen erstklassigen Wähler in dem schlesischen Städtchen Deutsch-Wartenberg. Das Dreiklassenwahlrecht verteilt politische Rechte und politische Macht nach der Größe des Besitzes. Politische Einsicht und Bildung müßte demnach bei dem Reichsten immer am höchsten entwickelt sein. Er dürfte sich bei der Ausübung seines Rechtes von nichts anderem leiten lassen, als dem Bestreben, dem Gemeinwesen zu nützen. Wenn er seine Macht nicht in diesem Sinne anwendete, wäre ja das Dreiklassenwahlrecht, das ihm den überwiegenden Einfluß gibt, eine direkte Gefahr für Staat und Gemeinde. Wie sich die höhere politische Einsicht des Besitzes in der Ausübung öffentlicher Rechte bewähren kann, das zeigt unser Beispiel:

In Deutsch-Wartenberg hatte der Fabrikant Deder seine Macht als einziger Wähler erster Klasse, er konnte allein hier „Volksvertreter“ bestimmen, dazu benutzte, am 27. Mai 1915 einen Mann zum Stadtverordneten zu wählen, ober richtiger: zu ernennen, der im Jahre 1911 wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an Kindern in sechs Fällen, zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war. Deder handelte in voller Kenntnis jener Tatsache, nachdem er mit der Stadtverwaltung Streitigkeiten gehabt hatte.

Die Stadtverordneten-Versammlung faßte denn auch die Tat des einzigen der ersten Wählerklasse als Schandtat gegen die Stadtverwaltung auf. Sie erklärte die Wahl des Schuhmachermeisters für ungültig.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch die Wahl. Zur Begründung wurde ausgeführt: In der Sache selbst könne es nicht darauf ankommen, ob es im öffentlichen Interesse läge, daß Leute, wie der Gewählte, Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung seien. Maßgebend könne nur sein, ob es einen gesetzlichen Grund gebe, dem Gewählten die Fähigkeit Stadtverordneter zu sein, abzusprennen. Als solche Gründe seien das Gesetz nur Zuchthausstrafe oder die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Keine von diesen Voraussetzungen liege hier vor. Somit müsse es bei der Gültigkeit der Wahl bleiben.

Der erstklassige Wähler hätte schließlich auch noch ganz andere Stadtväter ernennen können, die für das Wohl und vielleicht auch für das Wehe der Stadt sorgen konnten. Keine Macht konnte ihn daran hindern, denn er handelte in der Ausübung seines „Rechtes“. Dieses „Recht“ wird noch immer für zweckmäßig und gesund gehalten.

### Die Leistungen der Krankenkassen.

Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 14. Juni 1916 eine Verordnung erlassen betreffend § 214 Absatz 3 der Reichsversicherungsordnung, nach welcher den Versicherten der Anspruch auf die Regelleistungen ihrer Krankenkassen (Ersatzklasse § 503 usw. der Reichsversicherungsordnung) auch bei einem Aufenthalt im Auslande verbleibt, wenn dieser Aufenthalt durch Einberufung zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten für das Reich oder eine ihm verbundene Macht verursacht ist. Der Verordnung ist rückwirkende Kraft bis zum Kriegsbeginn beigelegt worden.

Hierdurch ist endlich auch festgestellt, daß die Krankenkassen auch das Sterbegeld für solche früheren Mitglieder zahlen müssen, die binnen drei Wochen nach Beendigung der Mitgliedschaft im Feldbesand gefallen sind. Da diese Fortdauernde rückwirkende Kraft erhalten haben, so können die Angehörigen das Sterbegeld auch jetzt noch für die seit Beginn des Krieges Gefallenen von der zuständigen Ortskrankenkasse nachfordern.

### Städtischer Lebensmittelverkauf.

Unter dieser Bezeichnung wurde vom Magistrat in der vergangenen Woche Seife für den erstaunlichen Preis von 2,60 Mark pro Pfund auf Lebensmittelhilfe abgegeben. Die Güte der Seife ließ soviel zu wünschen übrig, daß deshalb und wegen des abstoßend hohen Preises nur wenig verkauft worden ist. Der Magistrat zeigte dann auch später an, daß die Seife weiterhin allgemein und ohne Lebensmittelhilfe abgegeben werden würde. Wir können darin nicht gerade einen Erfolg der städtischen Lebensmittelfürsorge sehen. Bald darauf kam die Ankündigung, daß die Inhaber der Lebensmittelhilfe Kaffee-Ersatz zum Preise von 55 Pfg. für das Viertelpfund erhalten könnten. Es dürfte genügend notwendige Ernährungsmittel geben, deren Beschaffung sich der Magistrat eher zur Pflicht machen sollte. Dazu muß auch wieder der mitgeteilte Preis in Staunen versetzen. Kaffeeersatz ist natürlich bei weitem kein Bohnenkaffee. Man kann dieses Gemenge am besten noch mit Malzkaffee vergleichen. Dieser kostet aber im Höchstpreis das ganze Pfund 55 Pfg.! Uns bleibt es ein Rätsel, wie der Magistrat demgegenüber zum Verkauf des vierfach teureren Kaffee-Ersatzes kommen konnte.

Wir möchten der städtischen Lebensmittelfürsorge erneut einen Vorschlag unterbreiten, der tatsächlich der Verbesserung der Ernährung dienen würde. Dabei handelt es sich durchaus nicht etwa um theoretische Erwägungen. Der Magistrat der Stadt München verkauft Minderbemittelten Speisefarbstoff bis zu einem Zentner sogar unter dem Selbstkostenpreise! Dieses gute Beispiel sollte endlich auch der hiesige Magistrat betätigen. Der Dank der Bevölkerung wäre ihm dann viel sicherer, als wenn er sich um Drantenburger Seife und Kaffee-Ersatz bemüht.

### Herabsetzung des Kartoffel-Quantums.

Seit dem 17. Juni ist die auf Grund der Kartoffelkarte normal für vierzehn Tage künftige Kartoffelmenge nicht unerheblich herabgesetzt worden. Für 14 Marken gibt es nun nicht mehr 14, sondern nur noch 12 Pfund, für 12 Marken nur 10, für 6 Marken nur 5 und für 2 Marken nur noch 1 Pfund Kartoffeln.

Selbst diese wichtige Bekanntmachung hat der Magistrat der Danziger Arbeiterzeitung vorenthalten! Dabei hat sogar das Reichsgericht entschieden, daß jeder Bürger in der Kriegszeit verpflichtet ist, Zeitungen zu lesen. Dadurch ist zugleich für den Magistrat die ohnehin schon bestehende Pflicht erneut eingeschärft, die amtlichen Anzeigen allen Zeitungen ohne Bevorzugung und ohne Benachteiligung zu geben. Andernfalls verhindert er ja, daß sie den Lesern der Blätter, die er übergeht, zur Kenntnis kommen und verstoßt dadurch selber gegen die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichtshofes. Auf jeden Fall ist es natürlich unzulässig, die Bürger etwa durch die Art der Vergebung der Anzeigen zum Lesen bestimmter Blätter zwingen zu wollen. Dem Reichsgericht hat diese Absicht völlig fern gelegen. Auch die Militärverwaltung lehnt diese Einwirkung ab. Sie behandelt die Volkswacht im Gegensatz zum Magistrat, genau so wie die bürgerlichen Blätter.

### Schamloser Eierwucher.

Alle Beschwerden ändern nichts an der nur noch schamlos zu nennenden Höhe des Eierpreises. Am letzten Sonnabend kostete die Mandel in der Markthalle vormittags 3,60 Mark, nachmittags wurde die gleiche Menge nur noch für 3,70 Mark abgegeben. Am 21. Juni war der Preis aber bereits auf 3,30 Mark und munter sogar noch höher gestiegen. Es fehlt also nicht mehr viel, bis das einzelne Ei 30 Pfg. kosten wird. Die neuesten Nachrichten machten am 17. Juni kühnlichen darauf aufmerksam, daß 20 Eier in Aurich 2,60 Mark und in Norden 2,90 bis 3 Mark kosteten. Die Danziger Zeitung meinte am 18. Juni, die Höhe des Preises fordere von Woche zu Woche mehr das Eingreifen der Behörden. Wie sie mitteilt, nimmt die in der Kopengasse befindliche Verkaufsstelle des Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins 3,30 Mark für die Mandel. Soviel Beschwerden kommen in ihr allerdings nicht aufbringen, um diesen Preis der Vereinigung der Gutsbesitzerfrauen, für das Ei noch immer 22 Pfg., ersichtlich zu nennen. Wir verstehen auch nicht, was die Phrase des Blattes bedeuten soll, daß nur für Danzig festzulegende Höchstpreise dazu führen würden, daß wir überhaupt keine Eier mehr bekommen würden. Der jetzt bestehende brutal hohe Preis, der fortgesetzt gesteigert wird, bedeutet doch gar nichts anderes, als das schlimmste Verbot des Eierverbrauchs für alle Kreise, die nicht in der Nähe der Kommerzienstraße wohnen. Daher soll man doch endlich Redensarten unterlassen, die schließlich nur die Händler dazu auffacheln, sich in noch gewissenloseren Preisforderungen zu ergehen. Die Behörden können sehr wohl diesem Wucher einen Riegel vorschreiben. Das Schlimmste, was es überhaupt geben kann, ist die weitere Duldung dieses Eierwandels. Wir haben uns am letzten Sonnabend selbst davon überzeugt, wie höhnisch sich die Käufer den Schmachpreis von 3,60 Mark und 3,70 Mark ins Gesicht sagen lassen mußten. Dabei waren Eier in nicht geringer Menge vorrätig. Festes Eingreifen der zuständigen behördlichen Organe würde das Rätsel des Eierwuchers sehr leicht lösen. Uns fiel es auf, daß den kleineren Käufern in der Markthalle vom ersten bis zum letzten Händler gesagt wurde, daß unter 3,60 Mark nicht heruntergegangen werden könne. Dann wurden aber große Körbe mit Eiern zu dem Händler Samuel Schreiber, Hätergasse 36, geschleppt, der bekanntlich der Vertrauensmann des Magistrats für Eiereinkäufe ist. Ganz selbstverständlich kauft dieser die Eier wesentlich billiger als 3,60 Mark, denn er verkauft sie ja ebenfalls für den Höchstpreis. Kann denn nicht wenigstens der Magistrat im Eigenbetriebe oder durch seinen Vertrauensmann, der dann natürlich keine Zwangsgeschäfte machen darf, Eier billiger aufkaufen und zum Selbstkostenpreise abgeben? Aber darüber hinaus



Das mit der Festlegung des Höchstpreises nicht länger gewartet werden. Militär- und Zivilverwaltung können sich doch kaum der Lebensmittelhoheit nicht vor einer kleinen Schar Händler und Händler ohne weiteres hinkriegen lassen.

So klug und umfangreich dürfen die Schutzmaßnahmen allerdings nicht ausfallen, wie sie der Magistrat am 21. Juni mit dem Verkauf einiger Eier für 15 Pfg. das Stück begann. Sogar die Danziger Zeitung teilt ärgerlich mit, daß man schon um 7 Uhr früh nur noch die letzten Eierstücken zu sehen vermag. Sie spricht ganz offen von einem Tranen auf den heißen Stein. Aber auch ihr Geruch von der Anordnung der Konjunktur durch geschäftsfundierte Landleute geht wie die Nage um den heißen Brei herum. Die Möglichkeit dieser Ausweitung ist doch nur dadurch geboten, daß ihr keine Schranken gezogen sind! Wer hier eingreifen kann und es nicht tut, der macht sich des Büchers schuldig. Die Frage nach dem städtischen Hühnerhof hat leider noch immer nicht Beantwortung gefunden. Ohne daß die Danziger Zeitung und die übrigen entrüsteten Blätter an die Erfüllung der Aufgabe des Überbürgermeisters erinnern.

Man kann trotzdem nicht sagen, daß der Danziger Magistrat sich nicht Mühe gibt, sich als Eierreformator zu betätigen. In der öffentlichen Ankündigung des Eierverkaufs für 15 Pfg. stand ganz ausdrücklich, daß alle unschlechte gewordenen Eier nicht zurückgenommen werden würden. Wir glauben, daß nur die Eierhändler an dieser wunderbaren Ankündigung Freude haben konnten.

#### Gegen auswärtige Aufkäufer

Geht jetzt die Polizei in einigen Orten scharf vor. So wurden auf dem Wochenmarkt in Marienburg drei Händlerinnen aus Danzig bei großen Aufkäufen von Eiern ertappt. Etwa 8 Schod Eier wurden beschlagnahmt. An die Einwohner zum Verkauf zu gelangen. Die Regelung des Verkehrs mit Eiern steht eine Anordnung des Kreisauausschusses des Kreises Marienwerder vor. Danach ist die Ausfuhr von Eiern aus dem Kreise Marienwerder durch Händler und Aufkäufer nur mit Genehmigung des Landrats gestattet. Dem Verkauf um Verteilung der Genehmigung ist die Angabe der Menge der auszuführenden Eier und des für sie geforderten oder bezahlten Preises oder, wenn ein solcher noch nicht feststeht, die Angabe des für die Preisermessung maßgebenden Markttortes beizufügen. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

#### Arnold Lewinski-Heringe

Der Ursprung der 300 Tonnen Schweine-Krautfutter-Heringe steht jetzt außer Zweifel. In der letzten Nummer stellen wir fest, daß es keine Firma Martin Lewinski, Postfach 177, wohl aber Arnold Lewinski, Hundegasse 113, in Danzig gibt. Den Artikel sandten wir auch der Firma. Sie hat uns schweigend bestätigt, daß sie die 300 Tonnen verdorbener Heringe im Berliner Tageblatt als Schweinefutter ausgeben hat. Dadurch ist die Ursache des Verderbens einer so auffällig großen Menge des wichtigen Nahrungsmittels leider noch nicht aufgeklärt. Jetzt steht aber, daß die unrichtige Bezeichnung der Firma in dem Berliner Interat selbstverständlich nicht zufällig erfolgt sein kann. Die Umtaufe von Arnold in Martin Lewinski gibt genug zu denken und läßt, so würden kundige Thebaner der Börse sagen, sehr tief blicken! Vielleicht dringt die städtische Preisprüfungsstelle oder das Statistische Amt tiefer in das noch nicht gelöste Geheimnis ein. Uns häufl die Aufgabe sehr wertvoll.

#### Erhöhung der Rindfleischpreise

Am 22. Juni erhöhte der Magistrat wieder die Höchstpreise für Rindfleisch um durchschnittlich 30 Pfennige pro Pfund, bei Bauch, Dünnung und Hals auch noch um 20 Pfennige. Für Kalbfleisch ist eine Ermäßigung bei Keule und Kaudlett, bei den andern Stücken dagegen nicht, um zum Teil 10 Pfennige eingetreten. Der Preis des Rindfleisches steht jetzt fast durchweg schon über 2 Mark bis 2.40 Mark für schieres und gemahltes Fleisch pro Pfund. Was soll das wohl werden, wenn die Stadt sich nicht in anderer Weise betätigt?

Rindfleischverteilung an Minderbemittelte. Wie der „Kochbüchendienst für Ernährungsfragen“ mitteilt, hat der Magistrat der Stadt Bochum einen Rindfleischverkauf an Minderbemittelte organisiert. Der Verkauf findet an verschiedenen städtischen Verkaufsstellen statt. Der Preis des Rindfleisches beträgt 40 Mark. Als Minderbemittelte gelten solche Einwohner der Stadt Bochum, die für das Steuerjahr 1916 überhaupt keine Steuer zahlen, oder nur ein Einkommen bis zu 1000 Mark, ferner alle unterirdischen Kriegerveteranen, einschließlich der Hinterbliebenen. Das Kopf der Bezugsberechtigten erhält ein Pfund Fleisch. Diese Menge wird auf die allgemeine Verbrauchsregelung derart angesetzt, daß für zwei Wochen die Hälfte des gewöhnlichen Verbrauchs befriedigt ist. Zur Kontrolle der Bewerber müssen diese ihr Warenanweishen und ihr Wohnort anzeihen, sowie einen Steuerzettel oder eine besondere Bescheinigung oder ein Unterzeichnungsausweis beibringen. Um Anmeldungen zu veranlassen, erfolgt der Verkauf nach Stadtbezirken, nach Buchstaben und an verschiedenen Tagen. Wer an einem der fraglichen Tage nicht kaufen kann, kann die ihm unterbreitete Menge bis zu einem 14 Tage späteren Endtermin erwerben. — In Danzig kostet das städtische Fleisch bekanntlich noch immer 2.50 Mk., also 50 Pfg. pro Pfund mehr!

Die Nichtkosten der Zeitungen. Mit der Papierfrage haben sich am Sonntag in Ebing die Zeitungsredaktionen und Verleger beschäftigt. Die „Ebingger Zeitung“ schreibt dazu: Wenn man heutzutage von großen Kriegsgemeinschaften spricht, so sind die Zeitungsverleger nicht weniger beteiligt, als es die Soldaten zu bringen haben durch Anzeigengeld. Durch Verzerrung des redaktionellen Apparats und durch ganz wissenschaftlich im Preise gestiegene Materialkosten, infolge der Preissteigerung des Papiers, konnte man früher ein halbes Dutzend Blätter für 22 Pfennig kaufen, so kostet es heute 43 und 44 Pfennig. Was dieser Preisunterchied im Zeitungspreise bedeutet, kann jedermann leicht ausrechnen. Es ist keine Kleinigkeit, ob eine Zeitung weiteren Lebenslauf im Jahre 100 000 oder 200 000 Blätter für ihren Papierbedarf braucht, denn die Redaktionen sind nicht abzumäßen. Zwar haben die Zeitungen vor einigen

Monaten einen kleinen Aufschlag in den Abonnementspreisen eintreiben, auch die Sonntagsblätter megalen lassen. Aber auf diese Weise sind kaum 25 Prozent der Mehrkosten gedeckt worden. Deshalb der große Aufschlag an Anzeigen. Dadurch das Zeitungspapier verteuert worden ist? Einmal durch das Fehlen der Holzströme und sodann durch den Mangel an Schweißes einen wichtigen Bestandteil der Papiererzeugung, der jetzt von der Militärverwaltung für Heereszwecke gebraucht wird.

Einschränkung der Arbeitszeit in Schuhwaren-Werkstätten. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 14. Juni 1916 eine Verordnung erlassen, nach der für gewerbliche Betriebe, in denen Schuhwaren mit ledernen Unterboden irgendwelcher Art hergestellt werden — sofern die Zahl der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter (Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und dergl.) mindestens 4 beträgt — die Arbeitszeit in den Werkstätten oder Fabriken für den einzelnen Arbeiter und den Betrieb in der Woche 40 Stunden ausschließlich der Pause nicht überschreiten darf. Dem Hausarbeitern darf ebenfalls nur eine entsprechend verringerte Arbeitsmenge zugeteilt werden. Durch diese Einschränkung soll bei der Knappheit der verfügbaren Vorräte an Bodenleder die Arbeitsgelegenheit vermehrt und der Entlassung zahlreicher Arbeiter vorgebeugt werden. Um Umgehungen zu verhindern, ist weiter bestimmt, daß Personen, die in Werkstätten oder Fabriken beschäftigt werden, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes nicht übertragen werden darf, und ferner, daß die Stücklöhne und Stundenlöhne nicht herabgesetzt, die Tages- und Wochenlöhne nur im Verhältnis der tatsächlichen Beschränkung der Arbeitszeit gekürzt werden dürfen. Die Regelung der Frage, betreffend die Höhe der Entschädigung, die den Arbeitern für den unvermeidlichen Lohnausfall zu gewähren ist, ferner die Beiträge, die die Unternehmer zu diesen Entschädigungen zu leisten haben, die Bestimmungen darüber, unter welchen Umständen eine Verminderung der Zahl der Arbeiter stattfinden darf, wird durch die „Kontrollstelle für freigegebenes Leder“ in der Weise erfolgen, daß nur solche Betriebe, die versprechen, sich den Anweisungen zu fügen, Leder erhalten.

Danzig. Der Bau einer neuen Sternwarte, der schon lange geplant wurde, ist der Deutschen Optischen Wochenschrift zufolge, nunmehr gesichert. Es soll mit dem Bau sofort nach dem Kriege begonnen werden. Die jährlich 6300 Mark betragenden Unkosten werden von der Stadt Danzig, vom Provinzialausschuß, von der Naturforschenden Gesellschaft und von staatlicher Seite bestritten.

#### Großfeuer in der Westpr. Zuckerraffinerie D. Wanfried.

Am 17. Juni brach gegen 8 Uhr vormittags in der in der Riebiggasse belegenen Raffinerie ein Feuer aus, das mehrere Stunden dauerte. Das sogenannte alte Maschinenhaus und das Kochhaus brannten vollständig aus. Größere Zuckervorräte konnten jedoch gerettet werden. An der Bekämpfung des Feuers beteiligten sich auch die in dem Betriebe beschäftigten russischen Kriegsgefangenen. Die Feuerwehr fand um so schwerere Arbeit, als bei ihrer Ankunft die Flammen schon aus dem Dach der genannten Gebäude schlugen. Nach zweistündiger Tätigkeit war die Gefahr jedoch beseitigt.

Danzig. Vom Suizid in den Tod. Donnerstag spielten am Ufer der Motlau in der Nähe der Alchbrücke zwei Knaben, die plötzlich ins Wasser fielen. Während es gelang, einen sofort zu retten, ging der andere unter und fand seinen Tod im Wasser.

## Aus Westpreußen

### Der sozialdemokratische Stadtrat in Ebing

Die am 26. Mai erfolgte Wahl des Genossen Peter als erster sozialdemokratischer Stadtrat in Ebing und damit des preußischen Ostens hat begründliches Aufsehen verursacht. Wir sind der Bedeutung der Wahl in der Nummer 22 gerecht geworden. Ohne Uebertreibung haben wir darin eine Anerkennung der besonders in Westpreußen häufig bis zum Zusammenbrechen schwerer Arbeit der Sozialdemokratie. Mit besonderer Genugnung konnten wir das Urteil der konserverativen Ebingger Zeitung wiedergeben. Sie sprach mit Anerkennung von der Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten im Ebingger Rathaus und erkannte offen an, daß die Arbeiterpartei auch einen Sitz im Magistrat fordern könne. Viele Stellung des konservativen Klattes in dem Wahlkreis, in dem Oldenburg-Januschau herrscht, und in der Stadt, in der Kommerzienrat Jiese-Schichau den Ton angibt, erreichte auch die Aufmerksamkeit der deutschen Presse. Die Ausführungen des Berliner Tageblatts gaben wir in unserer letzten Nummer wieder. So hat die Wahl des ersten sozialdemokratischen Stadtrats im Osten begründliches Interesse gefunden. Noch mehr Ueberrschung verursachte jedoch, auch bei uns, folgende Mitteilung, die die Ebingger Zeitung in der Nummer 140 am 17. Juni abdruckte:

„Seine Wahl zum Magistratsmitglied hat Herr Gastwirt Peter abgelehnt mit der Begründung, daß sich seine Ansichten in der Ernährungsfrage nicht mit denen seiner Genossen decken. Der erste sozialdemokratische Stadtrat in Ebing ist also vorläufig wieder abgefallen. Eigentlich hätte sich in der Bürgererschaft wenig Widerstand gegen die Wahl gezeigt; sie war im Gegenteil mit einer gewissen Genehmigung aufgenommen worden, weil man aus einer vielfältigen Zusammenfassung des Magistratskollegiums einen wohlthätigen Einfluß auf das Gemeinwohl erhoffte und außerdem die Ansicht äußerte, daß es nur recht und billig wäre, wenn der bei weitem kaptivste Stand in der Industrie Ebing's, die Arbeiterbevölkerung, auch Sitz und Stimme im Magistrat hätte.“

Dieser Bericht out das Mandat vor uns und, wie wir häufigen können, selbst den leitenden Genossen in Ebing, die allergrößte Ueberrassung. Etwa 5 Wochen vor dem 26. Mai erfolgte die Benennung des Genossen Peter als Kandidaten für die Stadtratswahl. Natürlich wurde er nur mit seiner Zustimmung aufgestellt und gewählt. Wir erfahren zum ersten Male am 15. Juni die Niederlegung. Welche Gründe dafür in Frage kommen, können wir heute nicht im vollen Umfange erörtern. Ist wohl, daß es sich um Meinungsverschiedenheiten zwischen unsern übrigen Ebingger Stadtverordneten und Peter nicht handelt. Mindestens ist nicht

die Vermutung zulässig, daß er in der Lebensmittelfrage einen vorkommlicheren Standpunkt als unsere übrigen Genossen einnimmt. Nicht ist, daß er in der Preisprüfungsfrage gegen die vorläufige Einführung der Fleischkarte gesprochen und gestimmt hat. Auch die Gerüchte, die in einer dem Bernehmen nach erfolgten Hausdurchsuchung den Grund für die Niederlegung sehen wollten, sind unbegründet! Sehr bedauerlich ist, daß Peter den folgenden Schritt getan hat, ohne sich vorher auch nur mit einem einzigen Genossen ins Einvernehmen zu setzen. Über die Ablehnung und die Art, wie sie erfolgte und schließlich herbeigeführt wurde, gibt es unter den Ebingger Genossen, besonders unter denen, die das schwere Ringen um den Einfluß in der Gemeindevverwaltung mitgemacht haben, nur eine Stimme der Verurteilung. Peter hat inzwischen sämtliche Ämter in der Partei und auch sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt.

Dieser ungemein bedauerliche Zwischenfall, an dem die Partei und die leitenden Genossen in Ebing nach jeder Richtung unschuldig sind, kann an dem Anspruch unserer Ebingger Genossen auf einen Sitz im Magistrat nichts ändern. Wir sind daher der Ueberzeugung, daß die Ebingger Stadtverordneten-Versammlung sich nach wie vor in dem von der Ebingger Zeitung ausgeprägten vorläufigen Sinne betätigen und der Wiederbesetzung des Stadtratspostens durch einen Sozialdemokraten keinen Widerstand entgegensetzen wird.

#### Das Ebingger Zehnmarkstück des Kaisers.

Ein Mitarbeiter schreibt der Bostischen Zeitung aus dem Felde: Wenn unsere Feinde sich bemühen, das, was der offizielle und offizielle Mund der obersten Heeresleitung verkündete, als Lüge hinzustellen, so haben wir gefächelt, aber heute glaube ich, dem oft berufenen W. L. B. eine Unrichtigkeit nachweisen zu können. In dem Bericht über den Besuch des Kaisers in Ebing schreibt der Berichterstatter über die Straßenbahnfahrt des Kaisers: „Nachdem der Kaiser und die Herren seines Gefolges jeder sein Zehnpennigstück in den Zahlkasten geworfen hatten, begab sich der Kaiser zum Wagenführer, dankte ihm und überreichte ihm ein Zehnmarkstück. Zehnmarkstücke sind auch in den Zeiten, in denen wir eiserne Groschen und Sechser haben, noch immer aus Gold, das Gold aber gehört auf die Reichsbank! Und darum glaube ich nicht, daß der Kaiser dem Wagenführer ein Zehnmarkstück überreicht hat; vielleicht auch, vielleicht auch, Papiergeld. — „Er gab ihm 10 Mark Trinkgeld“ ging nach dem Gefühl des Ebingger Mitarbeiters nicht an, so schreibt er denn: „der Kaiser überreichte... als besondere Belohnung“, und damit das Bild noch geschlossener wird, wird die besondere Belohnung (wird sagen das Trinkgeld) ein „Zehnmarkstück“.

#### Hygienische Zustände in Odra.

Wir erhielten folgende Einwendung: Schon lange macht sich hier ein großes Uebel bemerkbar. Den Einwohnern von Hinterweg dringt beim Passieren dieser Straße ein infamischer Gestank entgegen. Hart am Wege steht ein Klosett, das nur dem Namen nach ein solches vorstellt. In der Tür steht ein Brett von circa 35 Zentimeter Breite, so daß jedermann, der dieses Klosett benutzen tut, von außen gesehen wird. Die Klosetzgrube, hart am Wege, ist ohne jegliche Bedeckung und können dort Passanten sowie Fuhrwerke hineinjürgen. Welche dem Wanderer, der hier einen Fehltritt macht. Eigentümer des Grundstücks ist Fleischermeister Schwedler. Um schnelle Aenderung dieses Uebels ersuchen im Interesse der Gesundheit Mehrere Einwohner vom Hinterweg.

## Soziales

### Strassenbahnerstreik in Warschau.

Vor mehreren Wochen bezweifelte wir die Behauptung der Danziger Zeitung, daß den in Warschau streikenden Strassenbahnern unter Berufung auf das russische Strafgesetz die Durchführung der Bewegung verboten worden sei. (Freilicherweise ist der Sachverhalt doch anders gewesen, als ihn die D. Z. darstellte. Wohl hat auch die Deutsche Warschauer Zeitung zunächst in gleicher Weise über den am 15. Mai begonnenen Streik berichtet. Am 26. Mai teilte sie jedoch schon mit, daß die deutschen Behörden zwischen der Direktion und den Streikenden, die in einmütiger Solidarität zusammenstanden, zu vermitteln suchten. Als die Einigung nicht gelang, stellte der Verwaltungschef von Krieg, in Westpreußen ansässig, die Strassenbahn durch Zwangsverwalterung am 25. Mai unter Zwangsverwaltung. Zwangsverwalter wurde Hauptmann der Reserve Rummel, dem der Ingenieur Auerbach als Betriebsleiter zur Seite gestellt wurde. Dieses probate Mittel half rasch. Schon nach wenigen Tagen verfügte Hauptmann Rummel, daß vom 30. Mai die Löhne, statt der bisherigen nur zehnpromzentigen Normalverdienstes, dauernd wie folgt erhöht wurden: Beim Leinwandverdienst bis 40 Rubel pro Monat um 30 Prozent, von 40 bis 60 Rubel um 25 Prozent und über 60 Rubel um 15 Prozent des Grundlohnes. Statt des bisher einzigen unbegleiteten dienstfreien Tages wurden drei im Monat mit Bezahlung festgesetzt. Der Kurier, das Organ des Transportarbeiterverbandes, stellt ausdrücklich fest, daß die preussische Militärverwaltung für die Wünsche des Personals mehr Verständnis hatte, als der Warschauer Magistrat. Sehr merkwürdig ist, daß die Danziger Zeitung wohl von der angeblichen Proklamierung des russischen Strafgesetzes, aber gar nichts von der militärischen Beilegung der Bewegung zu berichten mußte.

### Briefkasten der Redaktion

„Korrespondent Simon.“ Was sie von der Tätigkeit des bekannten Herrn zu erzählen wissen, ist zweifellos wertvoll. Warum nennen sie aber nicht ihren Namen? Wer zu uns nicht einmal soviel Vertrauen hat, fällt mit seinen Einblendungen nur in unseren Papierkorb. Auch ihre weiteren Mitteilungen über die Streichhölzer, die uns, wie die früheren über Kohlen, Lebensmittel und den Bahnstreckewirt, sehr zuverlässig scheinen, können wir nur verwerten, wenn sie sich uns nennen. Dies ist schon wegen der notwendigen Rücksprache unbedingt erforderlich.



Der dem Kriege als unsere Provinz Offizieren besonders unter der Zeit zu haben. In noch schwieriger Lage können wir nicht durch die neuen Zustände zur Einkommensteuer, besonders zur Vermögenssteuer, eine hohe Vermögensteuer ist Raubmord, ganz bedenklich im Kriege. Man schlägt damit die Heine, die die goldenen Eier fast ausgehoben. Schon der Wehrbeitrag war bedenklich.

Das Abgeordnetenhaus wird am 24. Juni die Steuernordlagen nochmals beraten. Sollte es dem Beschluß des Herrenhauses nicht beitreten — bisher bestanden keine Anzeichen für eine Sinnesänderung des Abgeordnetenhauses —, so wird das Herrenhaus am 27. Juni nehmatis zusammentreten.

Die Regelung der Arbeitsvermittlung. Amtlich wird mitgeteilt:

Unter den vom Reichstag in seiner Resolution vom 20. März 1915 beschlossenen Maßnahmen zur besseren Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung steht mit in erster Reihe die Herstellung eines Netzes von öffentlichen unparteilichen Arbeitsnachweiser für das ganze Reichsgebiet. Wenn diesem Wunsche in Anbetracht der bisherigen Mannigfaltigkeit in der Entwicklung des Arbeitsnachweisers nicht im Wege einer klaren Gesetzesvorschrift entgegengehalten werden kann, so soll doch der organisatorische Gehalt, soweit er berechtigt ist, in ein Bedürfnis dazu besteht, zur Durchführung gebracht werden. Der Reichstag hat demnach auf Grund des Gesetzesentwurfes eine Verordnung erlassen, wonach die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bezeichneten Behörden, Gemeinden oder Gemeindeverbände verpflichtet können, öffentliche unparteiliche Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen, sowie zu den Kosten solcher von anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Arbeitsnachweise beizutragen. Die Behörden können Anordnungen über die Einrichtung und den Betrieb solcher Arbeitsnachweise treffen.

Wie in der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift vom 27. November 1914 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises hervorgehoben ist, hat das Ziel, das Deutsche Reich mit einem flächendeckenden enghaftigen Netze öffentlicher unparteilicher Arbeitsnachweise zu überziehen, bisher bei Befolgung des Grundsatzes der Freiwilligkeit noch nicht überall in dem wünschenswerten Maße erreicht werden können. Die Neuerrichtung solcher Arbeitsnachweise hat inzwischen erheblich an Fortschritt gemacht, es sind aber vielfach selbst gewerbereiche Orte und Bezirke vorhanden, die noch keinen oder keinen genügend wirksamen Arbeitsnachweis eingerichtet haben. Die Widerstände sind zum Teil auf die Kostenfrage, zum Teil auf sachlich nicht begründete Beschränkungen in wirtschaftlicher Beziehung und eine nicht ausreichende Würdigung der Bedeutung des Arbeitsnachweises zurückzuführen. Es ist zu befürchten, daß diese Widerstände, auf welche die Behörden und die Arbeitsnachweiser bei ihren Bestrebungen, das Netz der öffentlichen Arbeitsnachweise auszuweiten, gestoßen sind, bis zum Friedensschluß nicht überall beseitigt werden können, und daß der bisher beschrittene Weg — die freiwillige staatslicherseits geförderte und mit Geldmitteln unterstützte Betätigung der Gemeinden und Gemeindeverbände — für geraume Zeit noch zahlreiche Lücken offen lassen wird. Im Interesse einer schnellen und sachgemäßen Unterbringung der heimkehrenden Kriegsteilnehmer liegt es, daß in allen größeren gewerbereichen Orten für diese oder für weitere Bezirke öffentliche unparteiliche Arbeitsnachweise bestehen und daß diese so ausgebaut, eingerichtet und betrieben werden, daß sie den bei der Demobilisierung an sie herantretenden größeren Aufgaben gewachsen sind.

Die soeben ergangene Verordnung des Bundesrats verfolgt den Zweck, die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise, ihren Ausbau, ihre Einrichtung und ihren Betrieb nötigenfalls durch behördliche Anordnungen so zu fördern, daß die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, was bis zum Friedensschlusse möglichst zum Abschluß gebracht werden kann. Dabei darf angenommen werden, daß schon die Zulässigkeit eines zwangswiseisen Einschreitens in den meisten Fällen genügen wird, um Gemeinden oder Gemeindeverbände, die sich bisher zur Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises trotz eines vorhandenen Bedürfnisses nicht haben entschließen können, zu einem solchen Beschlusse zu bewegen, und daß die Anwendung des Zwanges nur in wenigen Fällen notwendig werden wird. Die Ausführung ist dem Ermessen der bundesstaatlichen Regierungen und der von ihnen beauftragten Behörden überlassen worden, so daß jeder schematische gesetzliche Zwang vermieden wird. Im Wege des Ausbaues der Arbeitsnachweise wird insbesondere auch die Zuziehung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern dort, wo sich hierfür ein Bedürfnis ergibt, und die Art der Bestellung des Arbeitsvermittlers geregelt werden können.

Damit hat die Regierung in der Tat einen Verlangen des Reichstages nachgegeben und die nötigsten Vorbereitungen zur Arbeitsvermittlung zugunsten der nach Friedensschlusse heimkehrenden Krieger durch paritätische Arbeitsvermittlung (das heißt Arbeitsvermittlung, bei der Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig beteiligt sind) getroffen. Für dieses Verlangen trat die Sozialdemokratie im Reichstag entschieden ein, um die heimkehrenden Krieger, falls Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, sobald als möglich in Arbeit zu bringen, und zu verhindern, daß aus Mangel an Arbeitskräften, die sich rechtzeitig melden, übermäßig viel ausländische Arbeiter eingestellt werden, und vor allem, um zu verhindern, daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer (d. h. Maßregelungsbureaus) an Macht gewinnen.

Aber der Reichstag verlangte mehr. Er nahm noch eine andere, von der Sozialdemokratie befürwortete Resolution an, die eine gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises forderte und zwar nach Regeln, wie sie in dem Gesetz über die öffentlichen, die kirchlich-Dunkerschen Gewerkschaften verlangt haben. Diese dem Reichstag hat leider die Regierung bisher nicht nachgegeben.

Reichstagsersatzwahl in Heidelberg. Bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Heidelberg-Gebach-Mosbach wurde Professor Dr. Nießer (Nat.) mit rund 4000 Stimmen gewählt. Die Wahl fand im Zeichen des Burgfriedens statt; Gegenkandidaten hatte Nießer nicht. Nießer, der Begründer und Präsident des Hansabundes, steht im 63. Lebensjahre. Nach einer achtjährigen Praxis als Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. wurde er 1888 als Direktor der Bank für Handel und Industrie nach Berlin berufen und wurde 1905 ordentlicher Professor an der Universität Berlin. Er ist Herausgeber des „Bank-Archivs“ und Vorstandsmittglied verschiedener wirtschaftlicher Korporationen.

Die Forderungen Mexikos abgelehnt. Reuters Bureau ließ sich aus Washington melden: Die amerikanische Antwortnote an Mexiko weist dessen Forderungen glatt zurück und tadelt den unhöflichen Ton und die Heftigkeit der mexikanischen Mitteilung.

Das alte Ministerium in neuer Auflage. Nach einer neuen Besprechung mit Bosselli willigte Sonnino ein, das Portefeuille des Auswärtigen auch im neuen Kabinett zu behalten. Orlando wird das Portefeuille des Innern übernehmen, während Bosselli den Vorstoß ohne Portefeuille übernehmen wird. Giornale d'Italia erzählt, daß Bosselli am Donnerstag dem König mitteilte, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung übernehmen wird. — Da Sonnino im neuen Ministerium genau so wie im alten als Minister des Aus-

wärtigen sitzt, steht fest, daß das neue Ministerium nur ein Personenwechsel, kein Systemwechsel ist. Das neue Ministerium wird in gleicher Weise wie das Ministerium Salandra fortzuführen.

Schärfere Maßnahmen des Bierverbandes. Verschiedenen Blättern zufolge soll der Bierverband neue drakonische Bestimmungen an Griechenland fassen und die Auflösung des Parlaments, Neuwahlen und endgültige Befreiung der Minister Gunaris und Skuludis verlangen, außerdem noch die Befreiung aller griechischen Häfen zur Ermöglichung der Kontrolle, sowie das Recht zur Ausübung der Polizeigewalt und Befreiung der Bahnen zu strategischen Zwecken.

## Volksernährung

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften zur Regelung der Volksernährung. Am 15. und 16. Juni tagte in Berlin eine Konferenz der Verbandsvorstände der Gewerkschaften, die u. a. auch zur Volksernährung im Kriege Stellung nahm. Nach einem Referat von Robert Schmidt wurde einstimmig und debattelos folgende Entschlüsselung angenommen:

Die kritische Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in der Produktion und im Warenhandel während des Krieges zu einer steigenden Schädigung der ärmeren Volksschichten in der Nahrungsmittelversorgung geführt. Die fortgeschrittenen Preissteigerungen haben sich bis zum Unerträglichen gesteigert. Die Unterdrückung dieses Treibens ist leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit betrieben, die meisten von der Regierung getroffenen Maßnahmen müssen direkt als verfehlt bezeichnet werden. Bei der Einteilung der Nahrungsmittel, die nicht in genügenden Mengen vorhanden sind, fehlt es an einer Direktive von einer Zentralstelle und damit an einer Einheitlichkeit des Verteilungssystems. Die vorhandenen Bestände sind verspätet dem Verlehr im freien Handel entzogen und der Mangel damit unnatürlich vergrößert. Die Befreiung der Wirtschaft kann nur unter Berücksichtigung folgender Forderungen geschehen:

1. Aufhebung aller Sonderbestimmungen von Bundesstaaten, Kreisen und Gemeinden, namentlich der Ausfuhrverbote.
2. Regelmäßige Preissetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Wiedervermittler erschwinglich sind.
3. Die Befreiung und öffentliche Verteilung der in nicht genügenden Mengen verfügbaren Lebensmittel, ohne Rücksicht auf Erzeuger, Händler oder ungebührlich verlorgte Privathaushaltungen.
4. Die Verteilung nach einheitlichen Grundsätzen, wobei die Ernährung der schwer arbeitenden Berufskreise besonders berücksichtigt werden muß.
5. Die Schädlinge an der Volksernährung (Spekulation, Kettenhandel, Nahrungsmittelfälschung) müssen rücksichtslos ausgeschaltet und der Handelsverkehr mit allem Nachdruck entgegengesetzt werden.
6. Betrieb der wichtigsten Nahrungsmittel durch gemeinsame Gesellschaften und Gemeinden, Einrichtungen für Massenverpflegung.

Die Gewerkschaften erwarten, daß die gerügten Mängel in der Lebensmittelversorgung beseitigt werden, das Kriegsernährungsamt rücksichtslos mit dem bisherigen System bricht und den Grundbesitz voll zur Geltung bringt, daß die Wohlfahrt des Volkes der leitende Gesichtspunkt in der Lebensmittelversorgung sein muß, demgegenüber alle einseitigen Interessen der Produzenten und Händler schweigen müssen. Die Gewerkschaften haben bereitwillig an der Lösung dieser Aufgabe mitgearbeitet, ohne ausreichenden Erfolg zu haben. Da immer wieder den entgegenstehenden Interessenkreisen eine völlig ungeredete Rücksichtnahme zuteil wurde, wurde durch diese Rücksichtnahme die wichtigste Aufgabe der Volksernährung an der Lösung der schwierigsten Aufgabe ermöglicht und damit die Last des Krieges erleichtert.

## Geschäftsmethoden der Zentral-Einkaufsgesellschaft

Die Kölnische Volkszeitung veröffentlicht folgende Zuschrift:

Berlin, 24. Mai 1916.

Herrn Oberbürgermeister Wallraf, Köln.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Da ich aus der Zeitung ersehen habe, daß Exzellenz von Patzdil in der nächsten Woche die Oberbürgermeister der großen deutschen Städte zur Besprechung der Lebensmittelfragen im Reichstag mitnehmen will, gestatte ich mir, Ihnen nachstehend einige Mitteilungen über die Z. E. G. zu machen, die für Sie neu und von großem Interesse sein dürften. Die schriftlichen Beweise bin ich gern erbetig, Ihnen bei Ihrer Anwesenheit hier vorzulegen.

Zur Sache: 1. Durch einen Bekannten waren dem Brauereiverband Schweißerei-Bahnhöfe 1000 Waggons beste rumänische Braugerste, mit Postgarantie, angeboten worden. Der Verband wollte die Gerste gern haben, erbot sich, zum Transport seine eigenen Waggons zu stellen. Zuerst hatte sich die Z. E. G. geneigt gezeigt, dem Vorstand die Einfuhrerlaubnis zu geben. Dann auf einmal verweigerte sie dieselbe, trotzdem sie dem Verband Erlaubnisse nicht liefern konnte. Ist das etwa im allgemeinen Interesse?

2. Vor etwas sechs Wochen habe ich dem Zentralverband des Roten Kreuzes im Auftrage einer erstklassigen Ruffischer Firma 15 Waggons beste frische bulgarische Eier — später mehr — angeboten, die franko Berlin, unter Garantie einer ersten bulgarischen Prämie, nach nicht 10 Pfennig gekostet hätten, während das Rote Kreuz sie zu derselben Zeit doppelt so teuer in Dänemark eingekauft hat. Diese Eier konnte das Rote Kreuz durch Vermittlung des bulgarischen Roten Kreuzes erhalten, während die Z. E. G. die Einfuhr nach Deutschland gestatten sollte.

Herr Eigendirektor Unkraut vom Rote Kreuz wollte natürlich mit Freunden die Gelegenheit, so billig frische Eier zu erhalten, wahrnehmen, namentlich weil auf diese Weise gleichzeitig 15 Waggons Eier der Z. E. G., die sonst für die Lazarett hätten geliefert werden müssen, für die Zivilbevölkerung frei gemacht wären. Die Z. E. G. verweigerte dem Rote Kreuz aber die Einfuhrerlaubnis mit der Begründung, das Rote Kreuz sollte sich nur ruhig, wenn es etwas brauche, an die Z. E. G. wenden, trotzdem sie diese Eier gar nicht liefern konnte.

Jeder vernünftige Mensch muß sich fragen, welche Gründe die Z. E. G. leiten, zu verhindern, daß sich das Rote Kreuz für seine Verwundeten und Kranken zur Hälfte des Preises, wie es sonst kauft, beschafft.

Man hat nur zwei Deutungen dafür gefunden, nämlich, daß entweder die Person, die an der Spitze des Rote Kreuz steht, sich dadurch, daß andere die Eier bedeutend billiger, wie sie selbst, einführen können, ihren Ruhm nicht schmälern lassen will — für solche Scherze ist denn doch die Zeit zu ernst — oder daß eine Person aus eigenem pelunärem Interesse nicht zulassen will, daß die Einfuhr durch eine andere Hand, als die ihre, gehen. Wirklich kann ich letzteres nicht für möglich halten. Man braucht sich aber gar nicht zu wundern, wenn es hier auch in den ersten Gesellschaftskreisen genug Leute gibt, die behaupten, daß die ehrenamtlich besetzten Stellen viel einträglicher seien als die höchst bezahlten.

3. Es sind dem Rote Kreuz 88 000 Zentner bestes, doppelt raffiniertes ungarisches Semmel, das Brand franko Berlin zu 225 Mark von erstklassiger Firma angeboten worden. Die Z. E. G. verweigert aber die Einfuhr trotz des Fettmangels und begründet das mit der Bakterienverschmutzung. Dies ist aber insofern nicht

schlüssig, da für Rumänien ein fester Umrechnungskurs — 100 bei für 100 Mark — für alle Käufe besteht und der bulgarische mit 78 zu 80 unter Pari steht. Ist das etwa eine Maßregel im allgemeinen Interesse? Mit vorzüglicher Hochachtung: Freiherr v. Broich.

Nach Absendung des vorstehenden Schreibens erhielt ich nach Kenntnis von folgendem Vorfall, den man milde ausgedrückt nur mit ungläublich bezeichnen kann.

Die Firma Hoppel & Co., Berlin S., Belle-Alliancestraße 86, die auch im Frieden mit der Militärbehörde arbeitet, hatte von der Intendantur des 3. Armee-Korps den Auftrag erhalten, für die an der Front befindlichen Truppen, um diesen bei der Heringsverpflegung eine Abwechslung durch Sätze zu bieten, wöchentlich 6000 Kilo Sätze zu liefern. Die Firma hatte den Auftrag angenommen und sich die Lieferung des erforderlichen Rohstoffes vertraglich in Holland gesichert. Die Z. E. G. hielt es aber für richtig, der Firma die Möglichkeit zur Ausführung des Auftrages zu nehmen, indem sie die Einfuhr des Rohstoffes verbot. Die Bemühungen der Reichsbehörden — die Intendantur bemühte sich selbst, bezüglich Herr Unterstaatssekretär Richter vom Reichsamt des Innern! — waren vergeblich, die Z. E. G. gab die Einfuhr nicht frei. Die holländische Firma lehnt es ab, die Ware der Z. E. G. zu liefern, und dank der Haltung der Z. E. G. ging das Fleisch, das für unsere Soldaten an der Front bestimmt war, nach England und unsere Soldaten aßen weiter Heringe!

Wann kommt der eiserne Besen, der die Z. E. G. hinausjagt?

## Krawalle in München

gab es am 17. Juni wegen mangelhafter Kartoffelversorgung. Die Polizeidirektion sagte in ihren Berichten, daß es sich vorwiegend um das Wert jugendlicher Bärmacher ohne ernstere Hintergrund handelte. Unser Parteiblatt, die Münchener Post, sieht die Schuld in der Tätigkeit des Ministers von Boden, der nach ihrer Meinung ein unentwegter Vertreter der extremsten Interessen des Großgrundbesitzes sei.

Landwirtschaft und Krieg. In Köln hat dieser Tage die Jahreshauptversammlung der Genossenschaft des Rheinischen Bauernvereins stattgefunden. Wie Freiherr v. von Leo berichtet, beträgt die Zahl der der Rheinischen Bauerngenossenschaft angehörenden Genossenschaften 727. Der Gesamtumschlag der Kasse stieg von 276 000 000 Mark in 1914 auf 679 560 000 Mark im Jahre 1915, also um nicht weniger als 402 Millionen Mark. Die Vereinfügungen stiegen um mehr als zwei Millionen Mark. Die Kasse hat auf die Kriegsanleihen bisher 50 Millionen Mark gezeichnet.

Der Reingewinn der ländlichen Genossenschaft. Die Haupt-Bezugs- und Absatz-Genossenschaft des Rheinischen Bauernvereins verzeichnet einen Reingewinn von 201 727 Mk., von dem 20 % dem Reservefonds überwiesen und 20 % zur Betriebsrücklage und zur Deckung eines Verlustes aus dem Jahre 1910 verwandt wurden. 51 000 Mk. erhielt ein „Kriegsicherheitsfonds“.

## Spieler und Lebensmittelwucher.

Der konservativen Ostpreussischen Zeitung ist von „sehr gefährlicher Seite“ eine Zuschrift zugegangen, in der die Lebensmittelwucherer als Halunken bezeichnet und auf die gleiche Stufe mit Spionen gestellt werden, die ihr Vaterland verraten. Es heißt in der Zuschrift:

„Unwillkürlich brängt einem die Frage auf: Welches sind die schlimmeren Übeltäter, jene, die durch Spionage ihr Vaterland verraten, oder diese, die aus gemeinsamem Eigennutz, aus niedrigster Geldgier, die Notlage der Bevölkerung ausnutzen? Sie haben sich einander wohl nicht mehr vorzumerzen, und auch die Wur, die einen packt, wenn man an ihr verbrecherisches Treiben denkt, hält wohl die Waagschale, fast aber möchte ich die Lebensmittelwucherer als die gemeineren Schädlinge ansehen. Zur Spionage gehört wenigstens noch eine Portion Wagemut, denn die Verbrecher wissen, daß sie um ihr Leben spielen, während die Wucherer nicht einmal diese Eigenschaft für ihr Treiben brauchen. Wird es entdeckt, so folgt darauf eine Strafe, die in keinem Verhältnis steht zu dem pekuniären Gewinn, den sie sich gesichert haben, und zu dem Schaden, den sie anrichten. Dieser ist meines Erachtens kaum geringer, als her durch ihre sauberen Genossen, die Spione, verursacht; sie deuten das ärmere Publikum in grausamster Weise aus, sie reizen die durch sie in eine Notlage versetzte Bevölkerung förmlich zur Rebellion auf, und sie schädigen das Ansehen ihres Vaterlandes nach außen in gefährlichster Weise. Die Verlängerung des Krieges kann man getrost „auf das Schuldkonto dieser Hyänen im Heimatland“ buchen. Da fragt man sich: stehen die Strafen für diese Verbrecher auch nur annähernd im Gleichgewicht? Dori Todesstrafe — hier Ladenaufschlag, vielleicht auch eine Geldstrafe, die den inzwischen zum größeren Reichtum gelangter Leute natürlich gar nichts macht. . . . Ich wäre für ein radikales Mittel gegen diese vorwiegend Wucherer, nämlich für gleiches Strafverfahren gegen sie wie gegen die Spione! Es würde einen großartigen Erfolg haben, nach den ersten so bestrafte Fällen würden keine weiteren mehr vorkommen, und der Lebensmittelwucherer könnte als Plunder zum alten Eisen geworfen werden.“

Der konservative Wucherer läßt, wie man sieht, an Radikalismus nichts zu wünschen übrig; verdächtig wird dieser Radikalismus nur dadurch, daß er sich lediglich auf die Lebensmittelwucherer unter den Händlern erstreckt. Was mit der gleichen Gattung in der Landwirtschaft werden soll, sagt er nicht.

## Der fleißige Geldstrom vom Lande.

Der Geschäftsbericht der Ermändischen Zentralkasse für 1915 gibt zu, daß die Landwirte zu guten Preisen ihr Getreide absetzen konnten. Er verweist auf „die große Sparsamkeit der Landwirte“ und dann heißt es im Bericht:

„Einen derartigen Geldzufluß haben wir noch nie gehabt, es hätte ihn auch niemand für möglich gehalten. Es gab Tage, an denen von unseren Genossenschaften bei der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse 200 000 Mark, ja sogar über eine Viertelmillion für uns eingiengen. Durch die Kriegsanleihen — einschließlich der vierten, deren Ergebnis bei um 2 506 300 Mark beträgt — sind unseren Spar- und Darlehensvereinen im ganzen 16 421 000 Mark entzogen, eine für unsere kleinen Bezirk und ganz ländliche Verhältnisse recht hohe Summe.“

Den Landwirten fließt also ein reicher Segen zu.

## Das Zentrum hat „Sowjet“.

Das Dormunder Zentrumsblatt, die Tremoria, kündigt für Sonntag, den 18. Juni, eine „vaterländische Kundgebung der Dormunder Katholiken“ an, ein Wohltätigkeitsfest des „Verbandes der katholischen Vereine Dormunds“. Der bekannte M.-Glabacher Agitator Dr. Sonnenstein hält die



**Gefährde.** In der Kottig der Tremonia heißt es dann wörtlich weiter:  
 „Großes Aufsehen hat die Ankündigung hervorgerufen, daß beim Wohltätigkeitskonzert im Park eine Anzahl lebender Schweine ausgepflegt werden, wozu das Los nur 30 Pf. kostet und je vier weitere Boje erwerben darf, als er zu seinem Glück nötig zu haben glaubt, um eines der edlen und nie so wie jetzt bezahlten Vorstentiere zu bekommen...“  
 Die Tremonia muß natürlich wissen, wie sie die patriotische Kundgebung der Katholiken Deutschlands einzuführen hat; der „Kummet“ und die Kellame scheint ihr die Hauptsache zu sein. — Die Auslösung von Schweinen in der Sechzig ist nicht mehr zu übertrumpfen.  
 — Milch mit — 80 Prozent Wasser. Das Schöffengericht in Kaiserslautern verurteilte den Milchhändler Kron, der länger Zeit die Kundenmilch mit 80 Prozent Wasser vermischt, zu sechs Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe.  
 — Ein Viehwirer bestraft. Der vor einiger Zeit wegen Preisüberschreitung beim Schweinehandel zu 6000 Mk. Geldstrafe verurteilte Viehhändler Hennig in Dahlen wurde im Dresden neuerdings wegen zu hoher Preisforderungen beim Rinderhandel zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.  
 — 15 000 Mk. für die Verheimlichung von Getreide. Der 83jährige Gutsbesitzer Nebelung in Eichsied wurde nach einer Reibung aus Kassel wegen Verheimlichung großer Getreidemengen und anderer Landesprodukte zu 15 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.  
 — Zu 5000 Mark Geldstrafe verurteilte die Strafkammer in Osnabrück den Hofbesitzer Wiesbahn aus Ider, der große Mengen Getreide verborgen hatte.

**Aus der Partei**  
**Spaltung des Westpreussischen Lettow-Vorstoß-Parteilagers.**  
 Leider ist die größte Wahlkreisorganisation der deutschen Sozialdemokratie seit Sonntag offiziell gespalten. In der am 18. Juni abgehaltenen Kreisgeneralversammlung beantragte der Vorstand, die Delegierten, deren Vereine die Abführung der Parteibeiträge verweigerten, insbesondere von Richterseite, nicht zuzulassen. Der Antrag wurde abgelehnt! Darauf verließ der Kreisvorstand, der Vertreter des Vorstandes von Groß-Berlin und eine kleinere Zahl von Delegierten unter Protest gegen die statutenmäßige Tagung die Sitzung. Die Restversammlung erklärte darauf den Kreisvorstand für abgelehnt und wählte einen neuen. Dieser dürfte die Nichtabführung der Beiträge an den Parteivorstand beschließen.  
 Als August Bebel nach der Reichstagswahl 1907 zuversichtlich von den drei Millionen eisenfester Männer, die damals für die Sozialdemokratie gestimmt hatten, sprach, hat er bestimmt nicht geglaubt, daß das stolze Parteigebäude, dessen Errichtung der Stolz seines kampferfüllten Lebens war, einst so schwer erschüttert werden könnte. Was würde er erst sagen, wenn er über die Unflachen und die dabei leider zur Anwendung kommenden Mittel urteilen müßte.  
**Verchiebung der Internationalen Sozialistischen Konferenz.**  
 Das Internationale Bureau hat am Mittwoch im Einvernehmen mit der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten und mit Rücksicht auf die Lage in Norwegen beschlossen, die Internationale Sozialistische Konferenz

der nordischen Länder, die zunächst auf den 23. Juni festgesetzt war, bis zum 31. Juli zu verschieben. Zur Teilnahme an der Konferenz sind eingeladen: Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Spanien, Rumänien, Griechenland und Argentinien.  
 — Die Parteidifferenzen in Bremen. Das Pressebureau berichtet: In einem von linksradikaler Seite ausgehenden Rundschreiben an die bremische Arbeiterschaft wird zum Abonnement auf ein neu zu gründendes bremisches Wochenblatt Arbeiterpolitik eingeladen. Das neue Blatt, das den linksradikalen Standpunkt scharf und unverfälscht vertreten will, soll vom Sonnabend, den 17. Juni, ab erscheinen. Gedruckt wird es in einer bürgerlichen Buchdruckerei. — Der rechte Flügel der Partei hatte schon vor Monaten ein Wochenblatt gegründet.  
 — Sozialdemokratischer Gemeindevorsteher von einem Händler erschlagen. Aus München berichtet der „Berliner Volksanzeiger“: Hier wurde der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Hutmacher Heinzmann von dem Zigarrenhändler Einsmair in dessen Laden niedergestochen, als er sich die Schimpfereien des Händlers auf die Stadtverwaltung verbat.  
 — Totenliste der Partei. In Zwickau verstarb infolge einer Darmoperation der Genosse Hermann Schmidt, Mitglied des Parteiaussschusses.  
 Hierzu eine Beilage.  
 Verantwortlicher Redakteur L. Bartel, Danzig.  
 Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
 Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H. Königsberg i. Pr.

**Winter-Garten.**  
 Tel. 1925. Ollvaer Tor 10. Dir. Artur Löwinoohn.  
 Sonntag den 25. Juni 1916  
**3 1/2 Uhr Zwei! 7 1/2 Uhr**  
**Grosse Vorstellungen**  
 in beiden der Lichter unterbreitend mit dem neuesten System  
 Spezialitäten-Spiel-Plan  
 Jede Programm-Nummer ein wirklicher Schlager  
 Konzert-Beginn 1 1/2 Stunden vorher. Nachmittags: Kleine Preise!!  
 Fortsetzung im Kassen-Geb. Freymann, Kohlenmarkt, 291  
 Ferner im Theaterbüro. Tel. 1925.  
 Montag den 26. Juni und folgende Tage: ebenfalls 8 1/2 Uhr  
**Grosse Vorstellungen**

**!! Damen-Hüte !!**  
 sind im Preise bedeutend ermässigt.

Ein Posten <b>Hutformen</b> Fantasiegeflücht Schüte alle Farben <b>48</b>	<b>Garnierte Hüte</b> Serie I II III IV <b>2<sup>95</sup> 3<sup>95</sup> 4<sup>95</sup> 6<sup>25</sup></b>	<b>Sporthüte</b> Strohhut, kleine kleid- same Form, alle Farben <b>95</b>
<b>Formen</b> Strohform, mod. Form. alle Farben <b>95</b>	<b>Ein grosser Posten</b> <b>Hut-Blumen</b> Serie I II III IV Bündel <b>23 38 52 75</b>	Ein Posten blau-weisse <b>Kinder-Schutzhüte</b> garniert <b>1<sup>35</sup></b>
<b>Binsenform</b> sehr neu, alle Farben <b>1<sup>45</sup></b>	<b>Hut-Seiden o Hut-Sammete</b> sowie sämtliche Zulaizen für Putzarbeiten sehr billig	Ein Posten <b>Bordenhüte</b> handgenäht, mod. Formen <b>3<sup>95</sup></b>
<b>Bastform</b> eleg. Formen, alle Farben <b>1<sup>95</sup></b>	<b>Spezial- Putz-Abteilung</b> Lawendelgasse 4	<b>Echte Tagal-Formen</b> nur moderne Form, neue Farben <b>5<sup>45</sup></b>
<b>Eleg. Bastform</b> mod. Formen, alle Farben, mit farb. Rand <b>2<sup>25</sup></b>	<b>Spezial- Putz-Abteilung</b> Lawendelgasse 4	Ein Posten elegant. weisser <b>Hutformen</b> nur sehr moderne Formen <b>6<sup>25</sup></b>

**Julius Goldstein**  
 Verlangen Sie Rabattmarken.  
 230

**Bekanntmachung.**  
 Das Schlachten wird bei den Schlachtungen für die Stadt Danzig und die Vororte verboten.  
 Doch darf für die Israeliten das Vieh nach jüdischem Ritus geschlachtet werden, das den beiden jüdischen Schlachtern für ihre angemeldete jüdische Kundschaft überwiesen wird.  
 Die Einfuhr von geschlachtetem Fleisch in unbeschädigtem Zustande wird verboten.  
 Die Verordnung tritt sofort in Kraft.  
 Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.  
 Danzig, den 10. Juni 1916.  
 Der Kommandant der Festung Danzig.  
 von Pfuel, Generalmajor. [226]

**Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend**  
 = eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung =  
 Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr  
 im „Schwendof“, Langfahr, Schwendweg 6  
 = Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 Uhr =  
 im Bildungsvereinshaus, Danzig, Sintergasse 16

**Mitglieder-Versammlungen**  
 Tagesordnung wird in den  
 Versammlungen bekanntgegeben.  
 Zu schriftlichem Besuche laden ein Der Aufsichtsrat.

**In Freien Stunden 10 Pf.**  
 Verlag Buchhandlung Volkswacht  
 Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis 10 Pf.  
 Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Volkswacht**  
 Danzig, Paradiesgasse 32.

Echt garantiert reingekachelten  
**Schnupftabak**  
 aus erstklassigen Kentuckyblättern empfohlen die Schnupftabakkacherei  
**Julius Gosda, Danzig** [225]  
 Rohstoffabhandlung  
 Häkergasse 5. II. Priestergasse nahe der Markthalle.

**Trauer-**  
**Goldstein**  
 Hüte  
 zu  
 reicher  
 Auswahl.  
 Bijou  
 Handschuhe  
 zu billigsten  
 Preisen.  
 Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

**Der wahre Jakob** pro Nummer 10 Pfennig  
 erhältlich in der  
 Buchhandl. Volkswacht

**Schuhmacher**  
 verarbeiten fertige u. feste  
**Militär-Sohl-  
 Lederabfälle,**  
 soweit der  
 Vorrat reicht  
 Pfund u. c. **M. 1,25**  
 Auch für Sohlenmacher geeignet.  
 Versand nur von 10 Pfund ab  
 gegen Nachnahme. Bei Bestellung  
 bitte den Namen der Zeitung  
 anzugeben. 228  
**Felix Doctor, Berlin NO. 55,**  
 Bölowstraße 11.

**Nähmaschinen!**  
 Neue und gebrauchte.  
**Fahrräder**  
 Zubehör und Ersatzteile.  
**Sprechmaschinen**  
 Schallplatten :: Taschenlampen  
 Batterien, sowie Taschenmesser  
 zu billigen Preisen. [197]  
**A. Hein, Breitgasse 113**

**Näh-Nhle „Juwel“ 218**  
 D. R. G. M. Patent  
 Eier u. ungar. Kok. angen.  
 Jeder Preis. Jeder  
 kann sie nicht  
 Steppstiche wie  
 diese inähen.  
 Beste Erfindung  
 um Seid. Fein.  
 Seidwand ohne mit  
 her Hand zu nähen.  
 Auszubereiten von  
 Kindern, weibl.,  
 Säugl., Seidw.,  
 Seiden usw. Preis  
 v. 1. bis 10. Metall  
 mit 8 verschiedenen  
 Nadeln und Köben  
**Mk. 3.50**  
 unter Nach. Porto u. Versand. frei.  
 Sämtlich viele Karrennummern.  
 Juwel ist unübertreffl. Original-  
 fabrikat aus Metall. Man hüte  
 sich vor wertlosen Nachahmungen.  
 General-Vertreter  
**G. Schmid, München 257**  
 Bogenstraße 45.

**Fahrräder**  
 in großer Auswahl  
**Erfahrte,**  
 Mäntel, Gummilösung, Del,  
 Batterien, Karbid,  
 Reparaturen  
 schnell und billig.  
**G. Schmid, Fahrradwerkstätten**  
 1. Damm Nr. 22-23 und Ecke  
 Breitgasse. [215]

**BORG'S Hindenburg-Zigarette**  
 etwas ganz Hervorragendes. 3 Pfg. überall erhältlich. [201]